



# Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 12/2006–2007

Inhalt	Seite
13. Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare .....	1411
14. Teilrevision des Energiegesetzes des Kantons Graubünden sowie der dazugehörigen Energieverordnung .....	1469



## Inhaltsverzeichnis

<b>13.</b>	<b>Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	1413
	1. Allgemeines .....	1413
	2. Motion Trepp betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften .....	1414
	3. Familienbegriff .....	1415
	4. Faktische Lebensgemeinschaft .....	1415
<b>II.</b>	<b>Auswirkungen auf die Kreise und Gemeinden</b> .....	1416
<b>III.</b>	<b>Formelle Ausgestaltung der Vorlage</b> .....	1417
<b>IV.</b>	<b>Zu den einzelnen Bestimmungen</b> .....	1417
<b>V.</b>	<b>Finanzielle und personelle Auswirkungen</b> .....	1423
<b>VI.</b>	<b>Antrag</b> .....	1424
<b>14.</b>	<b>Teilrevision des Energiegesetzes des Kantons Graubünden sowie der dazugehörigen Energieverordnung</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	1469
	1. Entwicklungen in der Energiepolitik .....	1469
	2. Das geltende Förderprogramm gemäss Bündnerischem Energiegesetz (BEG) .....	1471
	2.1 Förderung wärmetechnischer Gebäudesanierungen, der Energieeffizienz sowie erneuerbarer Energien .....	1471
	2.2 Förderung von Holzfeuerungsanlagen in öffentlichen Bauten .....	1471
	2.3 Förderung der Nutzung der Umgebungswärme in öffentlichen Bauten (Wärmepumpen) .....	1471
	2.4 Förderung der Nutzung der Sonnenenergie in öffentlichen Bauten (Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen) .....	1472
	2.5 Erfolg des laufenden Förderprogramms .....	1472
		1411

3.	Parlamentarische Vorstösse.....	1472
3.1	Auftrag Montalta.....	1472
3.2	Auftrag Kleis-Kümin.....	1473
3.3	Zusammenfassende Übersicht.....	1473
<b>II.</b>	<b>Grundzüge der Neuordnung .....</b>	<b>1475</b>
1.	Erweitertes Förderprogramm.....	1475
1.1	Förderung wärmetechnischer Gebäudesanierungen, der Energieeffizienz sowie erneuerbarer Energien .....	1475
1.2	Förderung von Holzfeuerungsanlagen und Wärmeverbänden.....	1475
1.3	Förderung von Solaranlagen zur Wärmeerzeugung.....	1475
1.4	Förderung von Wärmepumpenanlagen und Wärmeverbänden.....	1476
1.5	Förderung von Solaranlagen zur Stromerzeugung.....	1476
<b>III.</b>	<b>Auswirkungen des Förderprogramms.....</b>	<b>1477</b>
1.	Energetische und lufthygienische Auswirkungen .....	1477
2.	Finanzielle und personelle Auswirkungen.....	1477
<b>IV.</b>	<b>Vernehmlassungsverfahren.....</b>	<b>1479</b>
1.	Ausgangslage.....	1479
2.	Hauptanliegen.....	1479
<b>V.</b>	<b>Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen.....</b>	<b>1481</b>
1.	Energiegesetz des Kantons Graubünden.....	1481
2.	Energieverordnung des Kantons Graubünden.....	1482
3.	Redaktionelle Änderungen.....	1484
<b>VI.</b>	<b>Anträge .....</b>	<b>1484</b>

## Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

13.

### **Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare**

Chur, 5. September 2006

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend Botschaft und Entwurf für den Erlass eines Gesetzes und einer grossrätlichen Verordnung, mit denen das kantonale Recht an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare angepasst wird.

#### **I. Ausgangslage**

##### **1. Allgemeines**

Am 5. Juni 2005 stimmte das Schweizer Stimmvolk dem Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG; SR 221.231) zu. Mit diesem Gesetz hat der Bundesgesetzgeber eine detaillierte Regelung zum neuen Rechtsinstitut der eingetragenen Partnerschaft erlassen. Darin werden abschliessend die Begründung und die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft sowie die Rechte und Pflichten, welche die beiden Partnerinnen und Partner untereinander haben, geregelt. Im Anhang zum Partnerschaftsgesetz werden verschiedene Bundesgesetze angepasst, in denen die neu geschaffene eingetragene Partnerschaft berücksichtigt werden muss. Dieses Vorgehen des Bundes bedeutet für die Kantone, dass sie in der Umsetzung des Partnerschaftsge-

setzes keinen grossen gesetzgeberischen Handlungsspielraum besitzen. Sie haben sich vielmehr an die bundesrechtlichen Vorgaben zu halten.

Das Partnerschaftsgesetz führt den neuen Zivilstand «in eingetragener Partnerschaft» (Art. 2 Abs. 2 PartG) ein, der nur gleichgeschlechtlichen Paaren zur Verfügung steht. Begründung, Wirkungen und Auflösung des neuen Personenstandes sind denjenigen der Ehe nachempfunden. Die eingetragene Partnerschaft entfaltet deshalb grundsätzlich dieselben Rechtswirkungen wie die Ehe. Entsprechend entsteht bei denjenigen kantonalen Erlassen ein Anpassungsbedarf, welche sich mit den Rechtswirkungen der Ehe befassen. Die wesentlichen Unterschiede zur Ehe – Name, Bürgerrecht, Einbürgerung, Ausschluss von Adoption und Fortpflanzungsmedizin – finden sich im Bundesrecht.

Aufgrund des beschränkten gesetzgeberischen Handlungsspielraumes, der nicht beeinflussbaren Tragweite und Auswirkungen der Gesetzesrevision über die Anpassung von kantonalen Gesetzen an das PartG sowie der Tatsache, dass mit der vorliegenden Gesetzesrevision das kantonale Recht lediglich dem Bundesrecht angepasst wird, wurde auf die Durchführung eines umfassenden Vernehmlassungsverfahrens verzichtet. Einzig den verschiedenen Gerichtsbehörden im Kanton Graubünden wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich zu den vorliegenden Gesetzesentwürfen sowie zum Botschaftsentwurf vernehmen zu lassen, weil sie sowohl vom neuen Zivilstand der eingetragenen Partnerschaft als auch von den Auswirkungen der faktischen Lebensgemeinschaft mehr als andere betroffen sein werden. Sämtliche Adressaten verzichteten allerdings auf die Einreichung einer Stellungnahme.

## **2. Motion Trepp betr. Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften**

Anlässlich der Oktobersession 2002 überwies der Grosse Rat mit 55 zu 17 Stimmen und gegen den Willen der Regierung die Motion Trepp betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Die Motionärinnen und Montionäre erachteten einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Regelung der Beziehung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufgrund der verfassungsrechtlichen Grundsätze der Rechtsgleichheit und des Diskriminierungsverbotes als gegeben. Es müsse den starken Veränderungen in der Gesellschaft mit der Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen Rechnung getragen und die bestehenden Benachteiligungen beseitigt werden. Mit der Überweisung der Motion Trepp am 9. Oktober 2002 wurde die Regierung vom Grossen Rat beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zur Registrierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu schaffen und die dazu notwendigen Gesetzesanpassungen auszuarbeiten. Mit der vor-

liegenden Gesetzesvorlage kommt die Regierung diesem Auftrag nach. Sie hat die Motion im Sinne der Motionärinnen und Motionäre im Rahmen des ihr zustehenden gesetzgeberischen Handlungsspielraumes vollumfänglich umgesetzt.

### **3. Familienbegriff**

Der klassische Begriff der Familie umfasst die Gemeinschaft von Erwachsenen mit Kindern (Art. 41 Abs. 1 lit. c der Bundesverfassung; BV; SR 101). Die Schweizerische Rechtsordnung verwendet den Begriff aber je nach Sachzusammenhang auch in einem weiteren Sinn (BBl 2002 1351). Da die Kantonsverfassung keine weitergehende Definition des Familienbegriffs enthält, gilt für die Auslegung der kantonalen Gesetze, dass je nach Sachzusammenhang von einem weiteren Familienbegriff auszugehen ist, d.h. neben der Ehe werden weitere Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens miterfasst, insbesondere die eingetragene Partnerschaft.

### **4. Faktische Lebensgemeinschaft**

Der Bundesgesetzgeber benutzt die im Rahmen des Partnerschaftsgesetzes erforderlichen Gesetzesrevisionen, um zu regeln, dass die Unvereinbarkeiten und Ausstandsgründe bei Behördenmitgliedern sowie das Zeugnisverweigerungsrecht neben der eingetragenen Partnerschaft auch für die faktische heterosexuelle und homosexuelle Lebensgemeinschaft gelten (BBl 2002 1310). Unter der faktischen Lebensgemeinschaft sind zwei Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts zu verstehen, die eine eheähnliche Beziehung pflegen, sich aber weder für die Form der Ehe noch für die eingetragene Partnerschaft entscheiden. Mit dieser Gesetzesänderung nimmt der Bundesgesetzgeber eine überfällige Anpassung des Rechts an die gesellschaftliche Realität vor und begründet dies damit, dass die Zahl unverheirateter Personen, die in dauernder Gemeinschaft leben, in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen sei und sich dieser Umstand auch mit Einführung der eingetragenen Lebensgemeinschaft in Zukunft nicht grundlegend ändern werde (BBl 2002 1352).

Es erscheint angebracht, analoge Regelungen für die Bereiche der Unvereinbarkeiten und Ausstandsgründe bei Kantonsbehörden und Mitgliedern der Gerichte im Kanton Graubünden sowie des Zeugnisverweigerungsrechts für die kantonalen Verfahren vorzusehen.

In seiner Botschaft äussert sich der Bundesrat nicht explizit zur Frage, wann eine faktische Lebensgemeinschaft bejaht werden kann. Auch der

bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist nichts zu entnehmen. Bis anhin äusserte sich das Bundesgericht lediglich zum stabilen Konkubinat als eheähnliche Lebensgemeinschaft. Nach herrschender Lehre und Rechtsprechung gilt als Konkubinat im engeren Sinne eine auf längere Zeit, wenn nicht auf Dauer angelegte umfassende Lebensgemeinschaft von zwei Personen unterschiedlichen Geschlechts mit grundsätzlich Ausschliesslichkeitscharakter, die sowohl eine geistig-seelische, als auch eine körperliche und eine wirtschaftliche Komponente aufweist und auch etwa als Wohn-, Tisch- und Bettgemeinschaft bezeichnet wird (BGE 118 II 235 E. 3a, vgl. auch Entscheid des Verwaltungsgerichtes des Kantons Graubünden U 03 91 vom 25. September 2003). Da sich in der Praxis naturgemäss Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben, stellte das Bundesgericht die Tatsachenvermutung in dem Sinne auf, wonach es sich bei einem Konkubinat, das bereits fünf Jahre gedauert hat, um eine Schicksalsgemeinschaft ähnlich einer Ehe handelt. Diese zeitliche Limite setzte das Bundesgericht im Rahmen seiner Rechtsprechung in Bezug auf den Verlust des Rentenanspruchs des im Konkubinat lebenden geschiedenen Ehegatten fest (vgl. u.a. BGE 109 II 188; BGE 114 II 295; BGE 116 II 394; BGE 118 II 235). Von einem fünfjährigen Zeitrahmen wird ebenfalls im Sozialversicherungs- und Pensionskassenbereich ausgegangen. Demgegenüber wird die Dauer für die Bejahung eines stabilen Konkubinats im Bereiche der Alimentenbevorschussung für das Kind, dessen obhutsberechtigter Elternteil in einem Konkubinat lebt, in der Regel wesentlich kürzer angesetzt (vgl. BGE 129 I 1; PVG 1995 Nr. 13; PVG 1987 Nr. 13). Eine fünfjährige Zeitlimite für die Berücksichtigung einer faktischen Lebensgemeinschaft in den Bereichen der Unvereinbarkeiten und Ausstandsgründe bei Behördenmitgliedern sowie des Zeugnisverweigerungsrechts erscheint als zu hoch. Es soll deshalb im Einzelfall auf die tatsächlichen Verhältnisse abgestellt werden, wobei insbesondere die Verbundenheit und Intensität der Beziehungs- und Bekanntschaftszeit zu berücksichtigen ist.

## **II. Auswirkungen auf die Kreise und Gemeinden**

Die Kreise und Gemeinden werden ihre Erlasse anpassen müssen, sofern diese mit den neuen bundes- und kantonrechtlichen Vorschriften im Widerspruch stehen. Das dürfte insbesondere in den Bereichen Ausstand, Ablehnung sowie Unvereinbarkeit der Fall sein.

Ein gewisser Aufwand wird den Gemeinden und Kreisen dadurch entstehen, dass der neue Zivilstand «in eingetragener Partnerschaft» und «aufgelöste Partnerschaft» in die EDV-Programme der Einwohnerkontrollen sowie in den Heimatscheinen aufgenommen werden muss.

### **III. Formelle Ausgestaltung der Vorlage**

Der Anpassungsbedarf bei der kantonalen Rechtsordnung erstreckt sich auf Gesetze im formellen Sinn, grossrätliche Verordnungen und Regierungsverordnungen. Soweit es um Gesetze und Regierungsverordnungen geht, ergeben sich in diesem Zusammenhang keine besonderen Schwierigkeiten. Die Anpassungen der Gesetze erfolgen im Rahmen des Erlasses eines eigenen Gesetzes. Die erforderlichen Anpassungen der regierungsrätlichen Verordnungen wird die Regierung gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Anpassung von Gesetzen an die Bundesgesetzgebung über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vornehmen.

Demgegenüber ist bei der Anpassung von grossrätlichen Verordnungen eine zusätzliche Prüfung nötig, um die Vorgaben der neuen Kantonsverfassung zu beachten (Art. 103 Abs. 1 und 2 i.V.m. Art. 32 Abs. 1 KV). Die Kantonsverfassung vom 18. Mai 2003/14. September 2003 hat das grossrätliche Ordnungsrecht eingeschränkt. Eine Parlamentsverordnung ist seither nur noch zulässig, wenn es um weniger wichtige Bestimmungen geht und eine ausdrückliche Ermächtigung in einem Gesetz besteht. Sobald eine der beiden Voraussetzungen fehlt, ist die Regelung in Gesetzesform zu erlassen. Inwiefern dies der Fall ist und in welcher Form die Anpassung erfolgen soll, wird bei den einzelnen Erlassen erörtert.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der vorliegende Entwurf nicht sämtliche kantonalen Erlasse enthält, welche an das PartG angepasst werden müssen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei hängigen Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Anpassungen sowohl bezüglich der eingetragenen Partnerschaft als auch bezüglich der faktischen Lebensgemeinschaft bereits berücksichtigt wurden (z. B. Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation, Erlass eines kantonalen Gesetzes über die Gemeinde- und Kirchensteuern, Optimierung der kantonalen Gerichtsorganisation, Justizreform).

### **IV. Zu den einzelnen Bestimmungen**

#### **a) Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen (Art. 1)**

##### ***1. Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG; BR 130.100)***

Sowohl das Bürgerrechtsgesetz des Bundes (Art. 15 BüG; SR 141.0) als auch das kantonale Bürgerrechtsgesetz statuieren für Ehepaare Erleichterungen in Bezug auf die Wohnsitzdauer. Analog dem Bundesrecht soll diese Erleichterung auch auf kantonaler Ebene für in eingetragener Partnerschaft

lebende Personen vorgesehen werden. Neu regelt Art. 7 Abs. 1 KBüG, dass bei gemeinsamer Einreichung eines Einbürgerungsgesuchs von Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben und nur eine die Voraussetzungen von Artikel 6 erfüllt, für die andere eine Wohnsitzdauer von vier Jahren genügt, sofern die eingetragene Partnerschaft seit drei Jahren besteht. Diese Fristen gelten in gleicher Weise für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, deren eingetragene Partnerin oder dessen eingetragener Partner das Kantonsbürgerrecht bereits besitzt (Art. 7 Abs. 2 KBüG). Wie bei den Ehegatten muss die eingetragene Partnerschaft stabil sein und tatsächlich gelebt werden. Lediglich der formelle Bestand einer eingetragenen Partnerschaft genügt nicht.

Im Rahmen der Gleichbehandlung mit Ehegatten wird in Art. 20 KBüG Personen, die eine eingetragene Partnerschaft führen, die Möglichkeit eingeräumt, gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht einzureichen. Dabei müssen beide die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, ansonsten das Gesuch als Ganzes abzulehnen ist. Die amtlichen Gesuchsformulare müssen von der zuständigen Behörde insofern angepasst werden, als diese von Einzelpersonen, von Ehepaaren und Paaren, die in eingetragener Partnerschaft leben, benutzt werden können.

## ***2. Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)***

Die mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten durch eingetragene Partnerschaft oder faktische Lebensgemeinschaft verbundenen Personen sollen, gleich wie bisher schon der Ehegatte, nicht Mitglieder des Stimmbüros oder Stimmzählerin oder Stimmzähler sein dürfen. Diese beiden Unvereinbarkeitsgründe sind neu in Art. 11 Abs. 2 GPR aufzunehmen.

## ***3. Gesetz über die Kantonale Pensionskasse Graubünden (PKG; BR 170.450)***

Überlebende eingetragene Partnerinnen und Partner besitzen die gleiche Rechtsstellung wie überlebende Ehegatten, was in Art. 11 Abs. 3 und Art. 13 Abs. 3 normiert wird. Die geltende Regelung, wonach die Rente für eingetragene Partnerinnen und Partner 75 Prozent der Ehegattenrente beträgt (Art. 14 Abs. 2 und 3 PKG), ist daher unzulässig. Folglich ist der zweite Absatz von Art. 14 zu streichen.

#### **4. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100)**

Das EG zum ZGB regelt im Wesentlichen die organisatorischen und verfahrensrechtlichen Voraussetzungen, um das ZGB im Kanton umzusetzen. Neu finden die Bestimmungen des Partnerschaftsgesetzes Eingang in das EG zum ZGB, worauf in Art. 2 hingewiesen werden kann. Die eingetragenen Partnerschaften werden in diversen Rechtsbereichen wie eine Ehe behandelt. Der Bundesgesetzgeber hat sich deshalb für die materiellen und formellen Regelungen im Partnerschaftsgesetz weitgehend an das Eherecht angelehnt. Dementsprechend sind bei der Umsetzung des Partnerschaftsgesetzes auf kantonaler Ebene dieselben Verfahren und Zuständigkeiten vorzusehen, wie sie für das Eherecht geregelt wurden. Folglich wird die Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft, die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei Teileinigung (Art. 29 Abs. 3 PartG), die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf Klage (Art. 30 PartG) sowie die Zuweisung von Miteigentum bei der Auflösung der eingetragenen Partnerschaft (Art. 24 PartG) dem Bezirksgericht im ordentlichen Verfahren zugewiesen. Analog Art. 35 PartG wird in einem neuen Art. 5i für das Verfahren der gerichtlichen Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf die Bestimmungen des Scheidungsverfahrens verwiesen, die sinngemäss anwendbar sind. Die Eintragungsvoraussetzungen werden im Partnerschaftsgesetz in Anlehnung an die Ehevoraussetzungen umschrieben. Da bei Verweigerung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters der Bezirksgerichtsausschuss für die Zustimmung zur Eheschliessung zuständig ist, ist in Art. 7 lit. 1a EG zum ZGB dieselbe Zuständigkeit für die Zustimmung zur Eintragung der Partnerschaft vorzusehen. Gegen die Entscheide des Bezirksgerichtsausschusses kann die Berufung ans Kantonsgericht ergriffen werden (Art. 11 EG zum ZGB). Wie die Scheidung auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung und die Massnahmen im Eherecht sind die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung (Art. 29 Abs. 1 und 2 PartG) sowie die im Partnerschaftsgesetz vorgesehenen Massnahmen gemäss Art. 13 bis 17 und 22 dem Bezirksgerichtspräsidenten zuzuweisen (Art. 8 EG zum ZGB). Dasselbe gilt für die vermögensrechtlichen Bestimmungen (Art. 20 und 23 PartG), die materiell dem Eherecht (Art. 195a, Art. 203 Abs. 2, Art. 235 Abs. 2 und Art. 250 Abs. 2 ZGB) entsprechen. Das Partnerschaftsgesetz verweist bei der gerichtlichen Auflösung des Vermögensvertrages (Art. 25 Abs. 4 PartG), bei den durch das Gericht anzuordnenden Folgen der gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft (Art. 33 und Art. 34 Abs. 4 PartG) und beim Auflösungsverfahren (Art. 35 PartG) auf das Eherecht (Art. 185, Art. 124 Abs. 2, Art. 132 und Art. 137 ZGB). Folglich liegt

die Zuständigkeit in diesen Bereichen ebenfalls beim Bezirksgerichtspräsidenten. Für die Einreichung einer Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft von Amtes wegen sind in Übereinstimmung mit dem Eherecht der Gemeindevorstand sowie die Regierung zuständig (Art. 14 und 15 EG zum ZGB).

### **5. Notariatsgesetz (BR 210.300)**

In Art. 2 Abs. 3 Notariatsgesetz ist eine redaktionelle Anpassung vorzunehmen, indem die Zuständigkeit der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter grundsätzlich auch bei Beurkundungen von Rechtsgeschäften betreffend Grundstücke entfällt, wenn diese Geschäfte mit solchen aus dem eingetragenen Partnerschaftsrecht verbunden sind. In Art. 22 Abs. 1 lit. a Notariatsgesetz sind die Ausstandsgründe auf die eingetragene Partnerin, den eingetragenen Partner, die eingetragene Partnerin bzw. der eingetragene Partner der Verwandten in gerader Linie und der Geschwister der Notariatsperson sowie auf die Person, mit der sie eine faktische Lebensgemeinschaft führt, auszudehnen.

### **6. Gerichtsverfassungsgesetz (GVG; BR 310.000)**

Personen, die in eingetragener Partnerschaft oder in einer faktischen Lebensgemeinschaft leben, sollen nicht in Verfahren mitwirken können, an denen auch ihre Partnerin oder ihr Partner beteiligt ist. Handelt es sich bei beiden Personen um Richterinnen und Richter oder Aktuarinnen und Aktuare, so darf nur diejenige Person an der Gerichtssitzung teilnehmen, die zuerst gewählt worden ist. Diese Ausschluss- und Ausstandsgründe sind neu in Art. 17 und Art. 18 GVG aufzunehmen. In der Praxis erfolgte die Berücksichtigung dieser Ausstandsgründe bisher durch die Subsumierung unter Art. 18 lit. b oder g GVG. Die vorgeschlagene Nennung schafft Transparenz und Klarheit bei allen Verfahrensbeteiligten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass das GVG im Rahmen der Justizreform durch ein Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) abgelöst wird. Trotzdem ist vorliegende Anpassung des GVG erforderlich, weil das Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an die Bundesgesetzgebung über die eingetragene Partnerschaft vor dem GOG in Kraft treten wird.

## **7. Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden (ZPO; BR 320.000)**

Das Partnerschaftsgesetz lehnt sich weitgehend an die Regelungen des Eherechts an. Aus diesem Grund sind in Art. 66 Abs. 1 und Art. 102 Abs. 2 ZPO die persönliche Erscheinungspflicht für die in eingetragener Partnerschaft lebenden Parteien, in Art. 67 Abs. 2 ZPO der Vorbehalt der späteren Widerklage im Verfahren um Auflösung der eingetragenen Partnerschaft, in Art. 105 Abs. 1 ZPO der Ausschluss der Öffentlichkeit in eingetragener Partnerschaftssachen sowie in Art. 156 Abs. 4 ZPO die Offizialmaxime für eingetragene Partnerschaften aufzunehmen. In Art. 174 ZPO ist das Zeugnisverweigerungsrecht auf in eingetragener Partnerschaft oder in faktischer Lebensgemeinschaft lebende Personen auszudehnen.

## **8. Submissionsgesetz (SubG; BR 803.300)**

Mitglieder der Vergabebehörde haben in Ausstand zu treten, wenn eine Person, mit welcher sie durch eingetragene Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft verbunden sind, am Ausgang des Vergabeverfahrens ein unmittelbares Interesse hat. Art. 6 SubG ist entsprechend zu ergänzen.

### **b) Erläuterung zum In-Kraft-Treten (Art. 2)**

Das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare wird am 1. Januar 2007 in Kraft treten. Der vorliegende Entwurf wird in der Dezembersession vom Grossen Rat behandelt und kann somit aufgrund der Referendumsfrist von der Regierung erst später in Kraft gesetzt werden. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Regierung die erforderlichen Anpassungen der regierungsrätlichen Verordnungen in Kraft setzen. Unabhängig davon ist unter Berücksichtigung des Verfassungsgrundsatzes des Vorranges des übergeordneten Rechtes das Partnerschaftsgesetz ab 1. Januar 2007 auf kantonaler und kommunaler Ebene anwendbar.

### **c) Erläuterungen zu den einzelnen Verordnungsänderungen**

#### **1. Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigte Kinder (BR 215.050)**

Art. 40 EG zum ZGB statuiert die Verordnungskompetenz an den Grossen Rat bezüglich der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unter-

haltsberechtigte Kinder. Art. 9 dieser Verordnung regelt den Inhalt der Gesuche um Vorschüsse von Unterhaltsbeiträgen. Gemäss Abs. 1 müssen Angaben zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des unterhaltsberechtigten Kindes, seiner Eltern und einer allenfalls mit dem nicht verpflichteten Elternteil verheirateten oder in einem eheähnlichem Verhältnis lebenden Drittperson gemacht werden. Das eheähnliche Verhältnis umfasst sowohl die eingetragene Partnerschaft als auch die faktische Lebensgemeinschaft. Aus Gründen der Klarheit und Transparenz ist Art. 9 in redaktioneller Hinsicht mit den Begriffen der eingetragenen Partnerschaft und der faktischen Lebensgemeinschaft zu ergänzen. Damit wird zudem sichergestellt, dass auch homosexuelle Paare, die in einem eheähnlichen Verhältnis leben, von dieser Bestimmung erfasst werden.

## ***2. Verordnung betreffend das Grundbuch im Kanton Graubünden (Kantonale Grundbuchverordnung / KGBV; BR 217.100)***

Art. 143 EG zum ZGB ermächtigt den Grossen Rat eine Vollziehungsverordnung zum Grundbuchwesen zu erlassen. Eine Anpassung von Art. 32 KGBV, der die Aufnahme von Grundstücken von Ehegatten regelt, ist deshalb zulässig. Bei Art. 32 KGBV handelt es sich um eine Ausführungsbestimmung zu Art. 111c der eidgenössischen Verordnung betreffend das Grundbuch (GBV; SR 211.432.1), welcher ebenfalls auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des PartG angepasst werden muss.

## ***3. Vollziehungsverordnung zum Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden (BR 915.110)***

Die Delegationsnorm zum Erlass einer Vollziehungsverordnung durch den Grossen Rat findet sich in Art. 54 des kantonalen Meliorationsgesetzes (BR 915.100). Art. 16 und 17 MelV regeln die Ausschlussgründe bei der Schätzungskommission und die Unvereinbarkeitsgründe bei den Rechnungsrevisoren. Die eingetragene Partnerschaft und faktische Lebensgemeinschaft sind neu ausdrücklich zu erwähnen. Zudem werden aus Gründen der Verständlichkeit und um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, die bestehenden Bestimmungen neu formuliert.

#### ***4. Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (BR 950.260)***

Die grossrätliche Vollziehungsverordnung stützt sich auf Art. 15 des Gesetzes über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (BR 950.250). In Art. 8 Abs. 2 der Vollziehungsverordnung ist die Ausnahme von der Erhöhung der zulässigen Einkommens- und Vermögensgrenze nicht nur auf Ehepaare zu beschränken, sondern auch auf die eingetragene Partnerin und den eingetragenen Partner auszudehnen.

### **V. Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die eingetragene Partnerschaft ist in den Ländern, die sie bisher eingeführt haben, eine Randerscheinung geblieben. Der Bund geht davon aus, dass es in den nächsten Jahren keine grundlegende Veränderung dieser Verhältnisse geben wird. Dementsprechend rechnet er mit wenigen hundert Eintragungen pro Jahr in der ganzen Schweiz. Die finanziellen und personellen Auswirkungen, insbesondere im Zivilstandswesen, Sozialversicherungsrecht und im Bereich der kantonalen Pensionskasse, dürften deshalb bescheiden sein (BBl 2002 1370).

Abgesehen vom Gesetzgebungsaufwand im Kanton, in den Kreisen und Gemeinden fallen vor allem im Zivilstandswesen Kosten an. Das neue Rechtsinstitut erfordert für die Verarbeitung im Infostar eine Anpassung der Software. Derzeit entwickelt der Bund eine Software für die Verarbeitung der eingetragenen Partnerschaft. Jedes Zivilstandsamt wird bis spätestens Ende 2006 mit dieser Software ausgerüstet sein. Für die Anwendung derselben müssen die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten durch die kantonale Aufsichtsbehörde im Verlaufe dieses Jahres geschult werden. Die mit der Entwicklung, Aufschaltung und Schulung der Software verbundenen Kosten in der Höhe von ca. Fr. 45 000.– werden vom Kanton vorfinanziert und den Kreisen gestützt auf Art. 7 der kantonalen Zivilstandsverordnung (kZStV; BR 213.500) im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl weiter belastet.

Auswirkungen gibt es für die Gerichte, welche künftig nicht mehr nur Ehen zu trennen und scheiden haben, sondern ebenso über die Auflösung und Ungültigkeit eingetragener Partnerschaften zu entscheiden haben. Die Gerichte haben zudem neu im Bereiche der allgemeinen Rechte und Pflichten, insbesondere beim Unterhalt, bei der gemeinsamen Wohnung, der Vertretung der Gemeinschaft, der Auskunftspflicht sowie über Massnahmen bei der Aufhebung des Zusammenlebens und zum Schutz des Vermögens einer eingetragenen Partnerin oder eines eingetragenen Partners zu befinden. Der Mehraufwand im Gerichtsbereich dürfte allerdings marginal sein.

## VI. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass des Gesetzes über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare zuzustimmen;
3. die grossrätliche Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Verordnungen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare zu erlassen;
4. die Motion Trepp betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften abzuschreiben.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

# Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. September 2006,

beschliesst:

## Art. 1

Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert:

Änderungen

### 1. **Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG; BR 130.100)**

#### Art. 7 Abs. 1 und 2

<sup>1</sup> Stellen Ehegatten gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung und erfüllt nur einer die Voraussetzungen von Artikel 6, genügt für den anderen eine Wohnsitzdauer von insgesamt vier Jahren, sofern die eheliche Gemeinschaft seit drei Jahren besteht. **Dasselbe gilt für Personen, die seit drei Jahren in eingetragener Partnerschaft leben.**

<sup>2</sup> Diese Fristen gelten auch für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, sofern der Ehegatte, **die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner** das Kantonsbürgerrecht besitzt.

#### Art. 20

Stellen Ehegatten **oder Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben**, gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht, haben beide die entsprechenden Voraussetzungen zu erfüllen.

Ehegatten,  
**eingetragene  
Partnerinnen  
und Partner**

## **2. Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)**

### **Art. 11 Abs. 2**

<sup>2</sup> Gleiches gilt für Verwandte und Verschwägere in gerader Linie und für Geschwister einer Kandidatin oder eines Kandidaten sowie für Personen, die durch Ehe, eingetragene Partnerschaft oder faktische Lebensgemeinschaft mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten verbunden sind.

## **3. Gesetz über die Kantonale Pensionskasse Graubünden (PKG; BR 170.450)**

### **Art. 11 Abs. 3**

<sup>3</sup> Die Bestimmungen über die Ehegattenrente gelten auch für eingetragene Partnerschaften.

### **Art. 13 Abs. 3**

<sup>3</sup> Diese Bestimmungen gelten auch für gerichtlich aufgelöste eingetragene Partnerschaften.

### **Art. 14 Abs. 2**

**Aufgehoben**

## **4. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100)**

### **Art. 2**

Soweit dieses Gesetz nichts Besonderes anordnet, gilt die Zivilprozessordnung, und es werden die vom Zivilgesetzbuch **und vom Partnerschaftsgesetz** dem Richter zum Entscheid zugewiesenen Streitsachen im ordentlichen Verfahren beurteilt.

### **Art. 3 Abs. 1 Ziff. 5a, 6a, 7a, 9a**

<sup>1</sup> Das Bezirksgericht ist ohne Rücksicht auf den Streitwert insbesondere in folgenden Streitsachen zuständig:

- 5a. Art. 9, 10 PartG, Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;**
- 6a. Art. 29 Abs. 3 PartG, Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei Teileinigung;**
- 7a. Art. 30 PartG, Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf Klage;**
- 9a. Art. 24 PartG, Zuweisung von Miteigentum;**

**Art. 4**

**Bei Ehe-, eingetragenen Partnerschafts-,** Vaterschafts- und Unterhalts- sachen sowie bei der Anfechtung der Adoption (Art. 3 Ziff. 5-8 und Ziff. 13-18 dieses Gesetzes) stellt der Richter von Amtes wegen den Sach- verhalt fest. Nötigenfalls dehnt er die Beweisaufnahme auch auf nicht be- hauptete Tatsachen aus und macht von allen zur Abklärung des Sachver- haltes erforderlichen Beweismitteln Gebrauch.

**Art. 5i**

**Die Bestimmungen des Scheidungsverfahrens sind sinngemäss an- wendbar.**

5. Auflösungs-  
verfahren der  
eingetragenen  
Partnerschaft

**Art. 7 Ziff. 1a**

Der Bezirksgerichtsausschuss ist zuständig:

**1a. Art. 3 Abs. 2 PartG, Zustimmung zur Eintragung der Partner- schaft;**

**Art. 8 Ziff. 4a, 8a, 9a, 10a, 11a, 11b, 11c, 14, 15a**

Der Bezirksgerichtspräsident ist im Personen-, Familien- und Partner- schaftrecht zuständig, insbesondere:

**4a. Art. 29 Abs. 1 und 2 PartG, Auflösung der eingetragenen Partner- schaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;**

**8a. Art. 15 Abs. 2 lit. a und Abs. 4 PartG, Erweiterung oder Entzug der Vertretungsbefugnis eines eingetragenen Partners;**

**9a. Art. 14 Abs. 2 PartG, Ermächtigung eines eingetragenen Partners zur Beendigung oder Beschränkung der Rechte an der gemein- samen Wohnung;**

**10a. Art. 16 Abs. 2 PartG, Durchsetzung der Auskunftspflicht unter eingetragenen Partnern;**

**11a. Art. 13 Abs. 2 und 3 PartG, Festlegung des Unterhalts, Anwei- sungen an den Schuldner;**

**11b. Art. 17 Abs. 2 und 4 PartG, Aufhebung des Zusammenlebens;**

**11c. Art. 22 PartG, Beschränkung der Verfügungsbefugnis eines ein- getragenen Partners;**

**14. Art. 195a, Art. 20 PartG, Anordnung der Aufnahme eines Inventars;**

**15a. Art. 23 PartG, Einräumung von Zahlungsfristen; bei hängigen Verfahren betreffend Zuweisung von Miteigentum oder den Be- stand der Schuld bleibt die Zuständigkeit des ordentlichen Rich- ters vorbehalten;**

**Art. 11**

Gegen Entscheide des Bezirksgerichtes im Verschollenheitsverfahren ge- mäss Artikel 6 dieses Gesetzes und des Bezirksgerichtsausschusses über die Zustimmung zur Eheschliessung gemäss Artikel 7 Ziffer 1 dieses Ge-

setzes **sowie die Zustimmung zur Eintragung der Partnerschaft gemäss Artikel 7 Ziffer 1a dieses Gesetzes** kann die Berufung gemäss Artikel 64 dieses Gesetzes an das Kantonsgericht ergriffen werden.

**Art. 14 Abs. 2 Ziff. 2**

<sup>2</sup> Der Gemeindevorstand des Wohnsitzes oder des Heimatortes ist zuständig für:

2. **Art. 9 Abs. 2 PartG, Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;**

**Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 und 4**

<sup>1</sup> Die Regierung ist in folgenden Fällen zuständig:

3. Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigerklärung der Ehe;
4. **Art. 9 Abs. 2 PartG, Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;**

**5. Notariatsgesetz (BR 210.300)**

**Art. 2 Abs. 3**

<sup>3</sup> Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind zuständig für Beurkundungen von Rechtsgeschäften betreffend Grundstücke in ihrem Grundbuchkreis. Sind diese Geschäfte mit solchen aus dem Personen-, Ehe-, Familien-, **eingetragenen Partnerschafts-**, Erb-, Gesellschaftsrecht oder mit einem Verpfändungsvertrag verbunden, entfällt ihre Zuständigkeit, ausser bei Verträgen über Abtretung auf Rechnung künftiger Erbschaft und über die Einbringung von Grundstücken in Personengesellschaften.

**Art. 22 Abs. 1 lit. a**

<sup>1</sup> Die Notariatsperson hat sich der Mitwirkung bei einer öffentlichen Urkunde zu enthalten, wenn sie aktiv oder passiv beteiligt ist, insbesondere wenn:

- a) sie selber, ihr Ehegatte, ihre Ehegattin, **ihr eingetragener Partner, ihre eingetragene Partnerin oder eine Person, mit der sie eine faktische Lebensgemeinschaft führt**, ihre Verwandten in gerader Linie, ihre Geschwister oder Ehegatten **und eingetragene Partner oder Partnerinnen** dieser Personen direkt oder als Vertreterin oder Vertreter beteiligt sind oder wenn eine Verfügung zu ihren oder deren Gunsten getroffen wird;

## 6. Gerichtsverfassungsgesetz (GVG; BR 310.000)

### Art. 17

Ehegatten, **eingetragene Partner**, Verlobte, Verwandte und Verschwägerete bis zum zweiten Grad **sowie Personen, die eine faktische Lebensgemeinschaft führen**, dürfen nicht gleichzeitig als Richter oder Aktuar an einer Gerichtssitzung teilnehmen. Für den Vorrang ist die durch die Wahl bestimmte Reihenfolge massgebend.

### Art. 18 lit. a

Ein Richter oder Aktuar hat in Ausstand zu treten:

- a) wenn er selbst, sein Ehegatte, **sein eingetragener Partner**, sein Verlobter, **eine Person, mit der er eine faktische Lebensgemeinschaft führt**, oder Personen, die mit ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, die zu ihm in einem Pflegeverhältnis stehen oder deren gesetzlicher oder vertraglicher Vertreter er ist, als Partei am Verfahren beteiligt, durch eine zu beurteilende Straftat geschädigt oder sonst am Ausgang des Verfahrens unmittelbar interessiert sind;

## 7. Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden (ZPO; BR 320.000)

### Art. 66 Abs. 1

<sup>1</sup> Im Kreis wohnende Parteien sollen in der Regel persönlich zur Vermittlungsverhandlung erscheinen, ebenso die Parteien im Eheprozess **oder im Prozess betreffend eingetragener Partnerschaft**.

### Art. 67 Abs. 2

<sup>2</sup> Eine allfällige Widerklage ist bei Verwirkungsfolge in gleicher Weise geltend zu machen. Vorbehalten bleibt die spätere Erhebung einer Widerklage im Ehescheidungs- und Trennungsverfahren **sowie im Verfahren um Auflösung der eingetragenen Partnerschaft** aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften.

### Art. 102 Abs. 2

<sup>2</sup> Der Gerichtspräsident kann die Partien zu persönlichem Erscheinen verpflichten. Bei Klagen auf Trennung, Scheidung oder Ungültigkeit einer Ehe **sowie bei Klagen auf Auflösung oder Ungültigkeit einer eingetragenen Partnerschaft** haben die Parteien persönlich vor Gericht zu erscheinen. Über Ausnahmen entscheidet der Gerichtspräsident. Ausbleibende Parteien können vom Gericht in eine Busse bis zum Betrag von 500 Franken verfallen werden.

**Art. 105 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Verhandlungen vor Gericht sind mündlich und grundsätzlich öffentlich. Nicht öffentlich sind die Verhandlungen in Ehe-, **eingetragener Partnerschafts-**, Verwandtschafts- und Statussachen.

**Art. 156 Abs. 4**

<sup>4</sup> In Ehe-, **eingetragener Partnerschafts-**, Verwandtschafts-, Status- und Erbteilungssachen gilt die Offizialmaxime gemäss den einschlägigen Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch.

**Art. 174 Abs. 1 Ziff. 2**

<sup>1</sup> Das Zeugnis können verweigern:

2. der Ehegatte, **der eingetragene oder in faktischer Lebensgemeinschaft lebende Partner**;

**8. Submissionsgesetz (SubG; BR 803.300)**

**Art. 12 Abs. 1**

<sup>1</sup> Ein Mitglied der Vergabebehörde hat in den Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte, **sein eingetragener Partner, eine Person, mit der er eine faktische Lebensgemeinschaft führt**, oder Personen, die zu ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, am Ausgang eines Vergabeverfahrens ein unmittelbares Interesse haben oder wenn andere Umstände es als befangen erscheinen lassen.

**Art. 2**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Referendum,  
Inkrafttreten

# **Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Verordnungen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare**

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. September 2006,

beschliesst:

## **Art. 1**

Die nachfolgenden Verordnungen werden wie folgt geändert:

Änderungen

### **1. Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigte Kinder (BR 215.050)**

#### **Art. 9 Abs. 1**

<sup>1</sup> Im Gesuch sind Angaben zu machen über Personalien, Einkommens- und Vermögensverhältnisse des unterhaltsberechtigten Kindes, seiner Eltern und einer allenfalls mit dem nicht verpflichteten Elternteil verheirateten, **in eingetragener Partnerschaft oder in faktischer Lebensgemeinschaft** lebenden Personen.

### **2. Verordnung betreffend das Grundbuch im Kanton Graubünden (Kantonale Grundbuchverordnung/ KGBV; BR 217.100)**

#### **Art. 32**

Miteigentumsanteile im Eigentum von **verheirateten oder in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen** sowie Miteigentumsanteile bei Autoabstellplätzen und dergleichen müssen nicht als eigene Grundstücke im Grundbuch aufgenommen werden.

### 3. Vollziehungsverordnung zum Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden (BR 915.110)

#### Art. 16 Abs. 2

<sup>2</sup> Der Schätzungskommission dürfen weder die an der Güterzusammenlegung beteiligten Grundeigentümer noch Personen, welche zu diesen Grundeigentümern in einem Ausschlussverhältnis im Sinne des Gemeindegesetzes stehen, angehören.

#### Art. 17

Die Rechnungsrevisoren prüfen die Rechnungsführung des Genossenschaftsvorstandes und erstatten der Genossenschaftsversammlung schriftlich Bericht. Zwischen den Rechnungsrevisoren und den Mitgliedern des Genossenschaftsverbandes gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen des Gemeindegesetzes sinngemäss.

### 4. Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (BR 950.260)

#### Art. 8 Abs. 2

<sup>2</sup> Für jedes minderjährige oder sich noch in Ausbildung befindende Kind und für jede andere Person, mit Ausnahme des Ehegatten, **der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners**, für welche die Familie aufkommt, erhöht sich die zulässige Einkommensgrenze um 2 500 Franken und die zulässige Vermögensgrenze um 16 900 Franken.

#### Art. 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in Kraft.

# Lescha davart l'adattaziun da leschas a la lescha federala davart il partenadi registrà da pèrs da la medema schlattaina

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gì invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

## Art. 1

Ils relaschs qua sutvart vegnan midads sco suonda:

Midadas

### 1. Lescha dal dretg da burgais dal chantun Grischun (LDBchant; DG 130.100)

#### Art. 7 al. 1 e 2

<sup>1</sup> Sche conjugals fan communablamain ina dumonda da natiralisaziun e sche mo in ademplescha las premissas da l'artitgel 6, basta per l'auter ina durada da domicil da totalmain quatter onns, sche la cuminanza matrimoniala exista dapi trais onns. **Il medem vala per personas che vivan dapi trais onns en partenadi registrà.**

<sup>2</sup> Quests termins valan er per la petenta u per il petent, sch'il conjugal, **sche la partenaria registrada u sch'il partenari registrà** ha il dretg da burgais chantunal.

#### Art. 20

Sche conjugals **u sche personas che vivan en in partenadi registrà** fan communablamain ina dumonda da natiralisaziun u da relaschada or dal dretg da burgais, ston **omadus** ademplir las premissas correspondentas.

Conjugals,  
partenarias  
registradas e  
partenaris  
registrads

## **2. Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDP; DG 150.100)**

### **Art. 11 al. 2**

<sup>2</sup> Il medem vala per parentas u parents, per quinadas u quinads en lingua directa e per fragliuns d'ina candidata u d'in candidat sco er per persunas ch'èn colliadas cun ina candidata u cun in candidat tras lètg u tras partenadi registrà u che mainan facticamain ina communad da vita.

## **3. Lescha davart la cassa da pensiun chantunala dal Grischun (LCPG; DG 170.450)**

### **Art. 11 al. 3**

<sup>3</sup> Las disposiziuns davart la renta per conjugals valan er per partenadis registrads.

### **Art. 13 al. 3**

<sup>3</sup> Questas disposiziuns valan er per partenadis registrads ch'èn vegnids schliads per sentenza giudiziala.

### **Art. 14 al. 2**

aboli

## **4. Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer (LICCS; DG 210.100)**

### **Art. 2**

Uschenavant che questa lescha na dispona nagut auter, vala la procedura civila, e las chaussas en dispita, e quai senza resguardar la valur en dispita: civil e da la lescha da partenadi al derschader per las decider, vegnan giuditgadas tenor la procedura ordinaria.

### **Art. 3 al. 1 cifras 5a, 6a, 7a, 9a**

<sup>1</sup> La dretgira districtuala è cumpetenta en spezial per las sequentas chaussas en dispita, e quai senza resguardar la valur en dispita:

**5a. art. 9, 10 LPart, nunvalaivladad dal partenadi registrà;**

**6a. art. 29 al. 3 LPart, schliaziun dal partenadi registrà sin dumonda communabla en cas d'ina reconciliaziun parziala;**

**7a. art. 30 LPart, schliaziun dal partenadi registrà sin basa d'in plant;**

**9a. art. 24 LPart, attribuziun en cas da cumproprietad;**

**Art. 4**

Il derschader constatescha d'uffizi ils fatgs en chaussas da lètg, **dal partenadi registrà**, da paternità e da mantegniment sco er concernent la contestaziun da l'adopziun (art. 3 cifras 5–8 e cifras 13–18 da questa lescha). Sch'i fa da basegn extenda el la registraziun da las cumprovas er sin chaussas betg pretendidas e fa diever da tut ils meds da cumprova ch'èn necessaris per sclerir ils fatgs.

**Art. 5i**

**Las disposiziuns da la procedura da divorzi èn applitgabras conform al senn.**

5. procedura per schliar il partenadi registrà

**Art. 7 cifra 1a**

La giunta da la dretgira districtuala è cumpetenta per:

**1a. art. 3 al. 2 LPart, consentiment a la registraziun dal partenadi;**

**Art. 8 cifras 4a, 8a, 9a, 10a, 11a, 11b, 11c, 14, 15a**

Il president da la dretgira districtuala è cumpetent per il dretg da personas, da famiglia e da partenadi, en spezial per:

**4a. art. 29 al. 1 e 2 LPart, schliaziun dal partenadi registrà sin dumonda comunabla en cas d'ina reconciliaziun cumpletta;**

**8a. art. 15 al. 2 lit. a ed al. 4 LPart, extensiu u retratga da l'autorisaziun da represchentanza d'in partenari registrà;**

**9a. art. 14 al. 2 LPart, autorisaziun d'in partenari registrà da terminar u da limitar ils dretgs da l'abitaziun comunabla;**

**10a. art. 16 al. 2 LPart, far valair l'obligaziun da dar infurmaziuns tranter partenaris registrads;**

**11a. art. 13 al. 2 e 3 LPart, fixaziun dal mantegniment, instrucziuns al debitur;**

**11b. art. 17 al. 2 e 4 LPart, aboliziun da la vita cuminaivla;**

**11c. art. 22 LPart, restricziun da l'autorisaziun da disponer d'in partenari registrà;**

**14. art. 195a, art. 20 LPart, ordinaziun da far in inventari;**

**15a. art. 23 LPart, concessiu da termins da pajament; en cas da proceduras pendentas concernent la liquidaziun dals bains matrimonials u concernent il debit resta resalvada la cumpetenzza dal derschader ordinari;**

**Art. 11**

Cunter decisziuns da la dretgira districtuala en la procedura da spariziun tenor l'artitgel 6 da questa lescha e da la giunta da la dretgira districtuala davart il consentiment a la maridaglia tenor l'artitgel 7 cifra 1 da questa lescha sco er davart **il consentiment a la registraziun dal partenadi**

**tenor l'artitgel 7 cifra 1a da questa lescha** po vegnir appellà tar la dretgira chantunala tenor l'artitgel 64 da questa lescha.

**Art. 14 al. 2 cifra 2**

<sup>2</sup> La suprastanza communal dal lieu da domicil u dal lieu d'origin è cumpetenta per:

**2. art. 9 al. 2 LPart, plant da nunvalaivladad dal partenadi registrà;**

**Art. 15 al. 1 cifras 3 e 4**

<sup>1</sup> La regenza è cumpetenta per ils sequents cas:

**3. art. 106 al. 1, plant sin nunvalaivladad da la lètg;**

**4. art. 9 al. 2 LPart, plant sin nunvalaivladad dal partenadi registrà;**

**5. Lescha davart il notariat (DG 210.300)**

**Art. 2 al. 3**

<sup>3</sup> Administraturas ed administraturs dal register funsil èn cumpetents per documentaziuns d'acts giuridics che concernan bains immobigliars da lur circul da register funsil. Sche quellas fatschentas èn colliadas cun talas dal dretg da persunas, dal dretg matrimonial, dal dretg da famiglia, **dal dretg da partenadi registrà**, dal dretg d'ierta, dal dretg da societads u cun in contract da vitalizi, scada sia cumpetenza, cun excepziun da contracts davart la cessiun sin quint d'ina ierta futura e davart l'apport da bains immobigliars en societads da persunas.

**Art. 22 al. 1 lit. a**

<sup>1</sup> La persuna da notariat ha da s'abstegnair da la cooperaziun en connex cun ina documentaziun publica, sch'ella è participada activamain u passivamain, spezialmain:

a) sch'ella sezza, ses consort, sia consorta, **ses partenari registrà, sia partenaria registrada u ina persuna, cun la quala ella maina facticamain ina communitad da vita**, sias parentas u ses parents en lingia directa, ses fragliuns u ils conjugals da questas persunas èn participads directamain ubain sco represchentantas u sco represchentants u sch'i vegn prendi ina disposiziun en lur favur;

**6. Lescha costituziunala da las dretgiras (LCD; DG 310.000)**

**Art. 17**

Conjugals, **partenaris registrads**, spus, parents e quinads fin al segund grad **sco er persunas che mainan facticamain ina communitad da vita**

na dastgan betg prender part il medem mument ad ina sesida da la dretgira sco derschader u actuar. Per la precedenza è decisiva la successiun ch'è vegnida fixada tras l'elecziun.

**Art. 18 lit. a**

In derschader u actuar sto prender recusaziun:

- a) sch'el sez, ses conjugal, **ses partenari registrà**, ses spus, **ina persuna, cun la quala el maina facticamain ina communidad da vita**, u personas ch'èn parentadas u quinadas cun el fin al terz grad, ch'èn confidadas ad el per tgira u da las qualas el è il represchentant legal u tenor contract, èn participads vi dal process sco partida, èn donnegiads entras **in act chastabel** che sto vegnir giuditgà u ch'èn uschiglio interessads directamain vi dal resultat da la procedura;

**7. Procedura civila dal chantun Grischun  
(PC; DG 320.000)**

**Art. 66 al. 1**

<sup>1</sup> Partidas che abitan en il circol duain per regla cumparair persunalmain a la tractativa da mediaziun, medemamain las partidas en il process da divorzi **u en il process concernent il partenadi registrà**.

**Art. 67 al. 2**

<sup>2</sup> Sch'in eventual cuntraplant na vegn betg fatg valair en medema moda, scada el. Resalvada resta l'inoltraziun posteriura d'in cuntraplant en la procedura da divorzi e da separaziun **sco er en la procedura per schliar il partenadi registrà** sin basa da prescripziuns federalas.

**Art. 102 al. 2**

<sup>2</sup> Il president da la dretgira po obligar las partidas da cumparair persunalmain. En cas da plants sin separaziun, sin divorzi u sin nunvalaivladad d'ina lètg **sco er en cas da plants sin schliaziun u sin nunvalaivladad d'in partenadi registrà** ston las partidas cumparair persunalmain davant dretgira. Davart excepziuns decida il president da la dretgira. Partidas absentas pon vegnir chastiadas da la dretgira cun ina multa fin a l'import da 500 francs.

**Art. 105 al. 1**

<sup>1</sup> Las tractativas davant la dretgira èn orales e da princip publicas. Betg publicas èn las tractativas en chaussas da lètg, **dal partenadi registrà**, da parantella e da status.

**Art. 156 al. 4**

<sup>4</sup> En chaussas da lètg, **dal partenadi registrà**, da parentella, da status e da partiziun d'ierta vala la maxima uffiziala tenor las disposiziuns respectivas da la lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer.

**Art. 174 al. 1 cifra 2**

<sup>1</sup> Refusar da dar perditga pon:

2. **il conjugal, il partenari registrà u il partenari che viva facticamain en ina communitad da vita;**

**8. Lescha da submissiun (Lsub; DG 803.300)**

**Art. 12 al. 1**

<sup>1</sup> In commember da l'autorità da surdada ha da prender recusaziun, sch'el sez, **ses conjugal, ses partenari registrà, ina persuna, cun la quala el maina facticamain ina communitad da vita**, u persunas ch'èn parentadas u quinadas cun el fin al terz grad, han in interess direct al resultat d'ina procedura da surdada u sche autras circumstanzas al laschan supponer implitgà.

**Art. 2**

Referendum,  
entrada en vigur

<sup>1</sup> Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

<sup>2</sup> La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

# Ordinaziun davart l'adattaziun d'ordinaziuns dal cussegl grond a la lescha federala davart il partenadi registrà da pèrs da la medema schlattaina

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gì invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

## Art. 1

Las ordinaziuns qua sutvart vegnan midadas sco suonda:

Midadas

### 1. Ordinaziun davart il pajament anticipà da contribuiziuns al mantegniment per uffants cun dretg da mantegniment (DG 215.050)

#### Art. 9 al. 1

<sup>1</sup> En la dumonda ston vegnir fatgas indicaziuns davart las persunalias, las relaziuns d'entrada e da facultad da l'uffant cun dretg da mantegniment, da ses geniturs ed eventualmain d'ina terza persuna ch'è maridada, **che viva en in partenadi registrà u che viva facticamain en ina communitad da vita** cun il genitur senza obligaziun.

### 2. Ordinaziun davart il register funsil en il chantun Grischun (ordinaziun chantunala dal register funsil/OCRF; DG 217.100)

#### Art. 32

Cumpropietads a la proprietad da **persunas maridadas u da persunas che vivan en in partenadi registrà** sco er cumpropietads en connex cun plazzas da parcar e.u.v. na ston betg vegnir inscritis sco agens bains immobigliars en il register funsil.

**3. Ordinaziun executiva tar la lescha da meglieraziun dal chantun Grischun (DG 915.110)**

**Art. 16 al. 2**

**<sup>2</sup> Ils proprietaris da bains immobiliars participads a l'arrundaziun dal terren e personas che stattan en ina relaziun d'exclusiun cun quests proprietaris en il senn da la lescha da vischnancas, na dastgan betg far part da la cumissiun da stimaziun.**

**Art. 17**

Als revisurs da quint examineschan la contabilitad da la suprastanza da l'associaziun e fan in rapport en scrit per la radunanza da l'associaziun. **Tranter ils revisiuns da quint ed ils commembers da l'associaziun valan conform al senn las disposiziuns d'incumpatibilitad da la lescha da vischnancas.**

**4. Ordinaziun executiva tar la lescha davart la construcziun d'abitaziuns socialas e la meglieraziun da las relaziuns d'abitar en il territori da muntogna (DG 950.260)**

**Art. 8 al. 2**

<sup>2</sup> Per mintga uffant minoreu u en scolaziun e per mintga autra persuna, cun excepziun dal conjugal, **dal partenari registrà**, per il qual la famiglia procura, s'augmenta la limita d'entrada admissibla per 2 500 francs e la limita da facultad admissibla per 16 900 francs.

**Art. 2**

Entrada en vigur

Questa ordinaziun entra en vigur ensemen cun la lescha davart l'adattaziun da leschas a la lescha federala davart il partenadi registrà da pèrs da la medema schlattaina.

# Legge sull'adeguamento di leggi alla legge federale sull'unione domestica registrata di coppie omosessuali

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

## Art. 1

I seguenti atti normativi sono modificati come segue:

Modifiche

### 1. Legge sulla cittadinanza del Cantone dei Grigioni (LCCit; CSC 130.100)

#### Art. 7 cpv. 1 e 2

<sup>1</sup> Qualora coniugi presentino insieme una domanda di naturalizzazione e se soltanto un coniuge soddisfa i requisiti di cui all'articolo 6, per l'altro coniuge è sufficiente una durata del domicilio complessiva di quattro anni, se l'unione coniugale dura da tre anni. **Lo stesso vale per le persone che da tre anni vivono in unione domestica registrata.**

<sup>2</sup> Questi termini fanno stato anche per il richiedente, se il coniuge **o il partner registrato** è in possesso della cittadinanza cantonale.

#### Art. 20

Qualora coniugi **o persone che vivono in unione domestica registrata** presentino insieme una domanda di naturalizzazione o di svincolo dalla cittadinanza cantonale o dall'attinenza comunale, entrambi devono soddisfare i relativi presupposti.

Coniugi, partner  
registrati

**2. Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni  
(LDPC; CSC 150.100)**

**Art. 11 cpv. 2**

<sup>2</sup> Lo stesso vale per parenti e affini in linea diretta e **per sorelle e fratelli di un candidato, nonché per le persone legate ad un candidato per matrimonio, unione domestica registrata o convivenza di fatto.**

**3. Legge sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni  
(LCPG; CSC 170.450)**

**Art. 11 cpv. 3**

<sup>3</sup> Le disposizioni sulla pensione vedovile valgono anche per le unioni domestiche registrate.

**Art. 13 cpv. 3**

<sup>3</sup> Queste disposizioni valgono anche per le unioni domestiche registrate sciolte con sentenza giudiziaria.

**Art. 14 cpv. 2**

**Abrogato**

**4. Legge d'introduzione al Codice civile svizzero (LICC;  
CSC 210.100)**

**Art. 2**

Se la presente legge non dispone diversamente fa stato il codice di procedura civile e le vertenze assegnate al giudice dal codice civile e **dalla legge sull'unione domestica registrata** per la decisione vengono giudicate nella procedura ordinaria.

**Art. 3 cpv. 1 n. 5a, 6a, 7a, 9a**

<sup>1</sup> Il tribunale distrettuale, indipendentemente dal valore della causa, è competente segnatamente nei seguenti casi:

**5a. Art. 9, 10 LUD, annullabilità dell'unione domestica registrata;**

**6a. Art. 29 cpv. 3 LUD, scioglimento dell'unione domestica registrata su richiesta comune in caso di accordo parziale;**

**7a. Art. 30 LUD, scioglimento dell'unione domestica registrata su azione;**

**9a. Art. 24 LUD, attribuzione in caso di comproprietà;**

**Art. 4**

Nelle pratiche di matrimonio, **di unione domestica registrata**, di paternità e di mantenimento nonché di contestazione dell'adozione (art. 3 cifre 5-18 e cifre 13-18 della presente legge) il giudice constata d'ufficio la fattispecie. All'occorrenza egli estende l'accertamento delle prove su fatti non adottati e fa uso soprattutto dei mezzi di prova necessari a chiarire la fattispecie.

**Art. 5i**

**Le disposizioni della procedura di divorzio sono applicabili per analogia.**

5. Procedura di scioglimento dell'unione domestica registrata

**Art. 7 n. 1a**

La commissione del tribunale distrettuale è competente:

**1a. Art. 3 cpv. 2 LUD, consenso alla registrazione dell'unione domestica;**

**Art. 8 n. 4a, 8a, 9a, 10a, 11a, 11b, 11c, 14, 15a**

Il presidente del tribunale distrettuale è competente per quanto concerne il diritto delle persone, **di famiglia e dell'unione domestica registrata**, segnatamente per:

**4a. Art. 29 cpv. 1 e 2 LUD, scioglimento dell'unione domestica registrata su richiesta comune in caso di accordo completo;**

**8a. Art. 15 cpv. 2 lett. a e cpv. 4 LUD, estensione o privazione della rappresentanza di un partner registrato;**

**9a. Art. 14 cpv. 2 LUD, autorizzazione di un partner registrato alla revoca o limitazione dei diritti all'abitazione comune;**

**10a. Art. 16 cpv. 2 LUD, imposizione dell'obbligo d'informazione tra partner registrati;**

**11a. Art. 13 cpv. 2 e 3 LUD, determinazione del mantenimento, ordini al debitore;**

**11b. Art. 17 cpv. 2 e 4 LUD, sospensione della vita comune;**

**11b. Art. 22 LUD, restrizione del potere di disporre di un partner registrato;**

**14. Art. 195a, art. 20 LUD, pronuncia della compilazione di un inventario;**

**15a. Art. 23 LUD, concessione di dilazioni; in caso di procedure pendenti concernenti l'attribuzione in caso di comproprietà o l'esistenza del debito è fatta salva la competenza del giudice ordinario;**

**Art. 11**

Contro le decisioni del tribunale distrettuale nelle procedure per dichiarazione di persona scomparsa giusta l'articolo 6 della presente legge

e contro le decisioni della commissione del tribunale distrettuale circa il consenso al matrimonio giusta l'articolo 7 cifra 1 della presente legge, **nonché il consenso alla registrazione dell'unione domestica giusta l'articolo 7 cifra 1a della presente legge** può essere presentato appello al Tribunale cantonale ai sensi dell'articolo 64 della presente legge.

**Art. 14 cpv. 2 n. 2**

<sup>2</sup> La sovrastanza del comune di domicilio o del comune di attinenza è competente per:

**2. Art. 9 cpv. 2 LUD, azione di nullità dell'unione domestica registrata;**

**Art. 15 cpv. 1 n. 3 e 4**

<sup>1</sup> Il Governo è competente nei seguenti casi:

**3. Art. 106 cpv. 1, azione di nullità del matrimonio;**

**4. Art. 9 cpv. 2 LUD, azione di nullità dell'unione domestica registrata;**

**5. Legge sul notariato (CSC 210.300)**

**Art. 2 cpv. 3**

<sup>3</sup> Le e gli ufficiali del registro fondiario sono competenti per le documentazioni pubbliche di negozi giuridici concernenti fondi nel loro circondario del registro fondiario. Se questi negozi sono legati a quelli del diritto delle persone, matrimoniale, di famiglia, **dell'unione domestica registrata**, successorio, delle società o ad un contratto di vitalizio, viene meno la loro competenza tranne che per i contratti sulla cessione a favore di una successione futura e sull'apporto di fondi in società di persone.

**Art. 22 cpv. 1 lett. a**

<sup>1</sup> La notaia o il notaio deve astenersi dal cooperare ad un atto pubblico se è interessata risp. interessato attivamente o passivamente al medesimo, segnatamente se:

a) essa stessa risp. esso stesso, il coniuge, **il partner registrato o una persona con cui vive in una convivenza di fatto**, i parenti in linea diretta, fratelli e sorelle o i loro coniugi e **il partner registrato di queste persone** sono interessati direttamente o come rappresentanti oppure se viene presa una decisione in loro favore;

## 6. Legge statutaria sui tribunali (LST; CSC 310.000)

### Art. 17

I coniugi, **i partner registrati**, i fidanzati, i parenti e gli affini sino al secondo grado, **nonché le persone che vivono in una convivenza di fatto** non possono fungere contemporaneamente da giudici o attuari in una seduta di tribunale. Fa stato l'ordine di precedenza risultante della nomina.

### Art. 18 lett. a

Un giudice o attuario deve ricusarsi:

- a) se egli stesso, il suo coniuge, **il suo partner registrato, il suo fidanzato, una persona con cui vive in una convivenza di fatto** oppure persone che siano con lui imparentate o affini sino al terzo grado, abbiano con lui un rapporto di figlio o di padre elettivo o di rappresentanza legale o contrattuale, partecipano al procedimento come parte, sono danneggiati da un reato da giudicarsi o in altro modo interessati immediatamente all'esito del procedimento.

## 7. Codice di procedura civile del Cantone dei Grigioni (CPC; CSC 320.000)

### Art. 66 cpv. 1

<sup>1</sup> Le parti domiciliate nel circolo devono di regola comparire personalmente per l'udienza di conciliazione, idem per le parti di un processo per divorzio o di un processo riguardante l'unione domestica registrata.

### Art. 67 cpv. 2

<sup>2</sup> Un'eventuale azione riconvenzionale deve essere fatta valere allo stesso modo, pena la perenzione. Resta riservata l'azione riconvenzionale successiva nelle cause di divorzio e di separazione, **nonché nella procedura per lo scioglimento dell'unione domestica registrata** in base alle norme del diritto federale.

### Art. 102 cpv. 2

<sup>2</sup> Il presidente del tribunale può obbligare le parti a presentarsi di persona. In cause di separazione, di divorzio o di annullamento di matrimonio, **nonché in cause di scioglimento o annullamento di un'unione domestica registrata** le parti devono presentarsi di persona. Il presidente del tribunale decide le eccezioni. Il tribunale può condannare a una multa fino a 500 franchi le parti che non si presentano.

**Art. 105 cpv. 1**

<sup>1</sup> I dibattimenti dinanzi al tribunale si svolgono oralmente e in linea di massima sono aperti al pubblico. I dibattimenti in cause matrimoniali, **di unione domestica registrata**, di parentela o di status si svolgono a porte chiuse.

**Art. 156 cpv. 4**

<sup>4</sup> In cause matrimoniali, **di unione domestica registrata**, di parentela, di status e di divisioni ereditarie fa stato la massima ufficiale giusta le relative disposizioni della legge d'introduzione al codice civile.

**Art. 174 cpv. 1 n. 2**

<sup>1</sup> Possono rifiutarsi di deporre:

2. il coniuge, **il partner registrato o il partner che vive in una convivenza di fatto**;

**8. Legge sugli appalti pubblici (Lap; CSC 803.300)**

**Art. 12 cpv. 1**

<sup>1</sup> Un membro dell'autorità aggiudicante deve ricusarsi nel caso in cui egli stesso, il proprio coniuge, **il partner registrato, una persona con cui vive in una convivenza di fatto** o persone imparentate o affini con lui fino al terzo grado, abbiano un interesse immediato all'esito di una procedura di aggiudicazione oppure se altre circostanze lo fanno apparire prevenuto.

**Art. 2**

<sup>1</sup> La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

<sup>2</sup> Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente legge.

Referendum,  
entrata in  
vigore

# Ordinanza sull'adeguamento di ordinanze del Gran Consiglio alla legge federale sull'unione domestica registrata di coppie omosessuali

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

## Art. 1

Le seguenti ordinanze sono modificate come segue:

Modifiche

### 1. **Ordinanza sull'anticipo di contributi per il mantenimento di figli aventi diritto al mantenimento (CSC 215.050)**

#### Art. 9 cpv. 1

<sup>1</sup> La domanda deve contenere le indicazioni sulle generalità, il reddito e la sostanza del figlio avente diritto al mantenimento, dei suoi genitori ed eventualmente della persona coniugata, **che vive in unione domestica registrata o in una convivenza di fatto** con il genitore non soggetto all'obbligo di contributo.

### 2. **Ordinanza concernente il registro fondiario nel Cantone dei Grigioni (Ordinanza cantonale sul registro fondiario/OCRF; CSC 217.100)**

#### Art. 32

Le quote che sono in comproprietà di **persone coniugate o che vivono in unione domestica registrata**, nonché quelle di posteggi e simili non devono venire intavolate a registro fondiario come fondi a sé stanti.

**3. Ordinanza d'esecuzione della legge sulle bonifiche fondiari del Cantone dei Grigioni (CSC 915.100)**

**Art. 16 cpv. 2**

**<sup>2</sup> Non possono far parte della commissione di stima né i proprietari fondiari partecipanti al raggruppamento di terreni né le persone che si trovano con questi proprietari fondiari in stato di esclusione ai sensi della legge sui comuni.**

**Art. 17**

I revisori esaminano la contabilità della sovranza del consorzio e fanno un rapporto scritto all'assemblea consortile. **Per i rapporti tra i revisori e i membri del consorzio valgono per analogia le disposizioni sull'incompatibilità della legge sui comuni.**

**4. Ordinanza d'esecuzione della legge sulla costruzione di abitazioni a scopo sociale e sul miglioramento delle condizioni d'abitazione nella regione di montagna (CSC 950.260)**

**Art. 8 cpv. 2**

**<sup>2</sup> Il limite reddituale aumenta di 2 500 franchi e quello patrimoniale di 16 900 franchi per ogni figlio minore o ancora in formazione e per ogni altra persona a carico della famiglia, eccettuato il coniuge o il partner registrato.**

**Art. 2**

Entrata in vigore La presente ordinanza entra in vigore contemporaneamente alla legge sull'adequamento di leggi alla legge federale sull'unione domestica registrata di coppie omosessuali.

## Auszug aus dem geltenden Recht

### Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG)

vom 31. August 2005

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden <sup>1)</sup>,  
gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung <sup>2)</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 17. Mai 2005 <sup>3)</sup>,  
beschliesst:

#### II. Erwerb durch Einbürgerung

##### 2. KANTONSBÜRGERRECHT

###### Art. 7

<sup>1</sup> Stellen Ehegatten gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung und erfüllt nur einer die Voraussetzung von Artikel 6, genügt für den anderen eine Wohnsitzdauer von insgesamt vier Jahren, sofern die eheliche Gemeinschaft seit drei Jahren besteht. <sup>2. Erleichterungen</sup>

<sup>2</sup> Diese Fristen gelten auch für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, sofern der Ehegatte das Kantonsbürgerrecht besitzt.

<sup>3</sup> Eine Wohnsitzdauer von vier Jahren genügt für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller, sofern ein Elternteil das Kantonsbürgerrecht durch Abstammung besitzt.

---

<sup>1)</sup> GRP 2005/2006, 353

<sup>2)</sup> BR 110.100

<sup>3)</sup> Seite 471

**IV. Gemeinsame Bestimmungen****Art. 20**

Ehegatten

Stellen Ehegatten gemeinsam ein Gesuch um Einbürgerung oder Entlassung aus dem Bürgerrecht, haben beide die entsprechenden Voraussetzungen zu erfüllen.

# Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden <sup>1)</sup>,

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung <sup>2)</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005 <sup>3)</sup>,

beschliesst:

## I. Wahlen und Abstimmungen

### 1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION

#### Art. 11

<sup>1</sup> Eine Kandidatin oder ein Kandidat darf weder Mitglied des Stimmbüros noch Stimmzählerin oder Stimmzähler sein. <sup>3. Unvereinbarkeit</sup>

<sup>2</sup> Gleiches gilt für Verwandte und Verschwägte in gerader Linie und die Ehegattin oder den Ehegatten und Geschwister einer Kandidatin oder eines Kandidaten.

---

<sup>1)</sup> GRP 2005/2006, 144

<sup>2)</sup> BR 110.100

<sup>3)</sup> Seite 3



# Gesetz über die Kantonale Pensionskasse Graubünden (PKG)

vom 16. Juni 2005

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden<sup>1)</sup>,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung<sup>2)</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 1. März 2005<sup>3)</sup>,

beschliesst:

## IV. Leistungen

### Art. 11

<sup>1</sup> Der überlebende Ehegatte hat beim Tod einer versicherten Person Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er im Zeitpunkt des Todes

Ehegattenrente  
1. Allgemeines

- a) für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufzukommen hat oder
- b) das 40. Altersjahr vollendet und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat oder
- c) mindestens zur Hälfte invalid ist.

<sup>2</sup> Erfüllt der überlebende Ehegatte keine dieser Voraussetzungen, besteht ein Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Ehegattenrente.

### Art. 13

<sup>1</sup> Hat die Ehe mindestens 10 Jahre gedauert, ist der geschiedene Ehegatte dem verwitweten Ehegatten gleichgestellt.

Leistungen an  
den geschiedenen  
Partner

<sup>2</sup> Die Leistungen dürfen den Versorgerschaden, den der geschiedene Ehegatte durch den Tod des Versicherten erlitten hat, nicht übersteigen. Versicherungsleistungen anderer Versicherungsträger im Sinne von Artikel 18 werden mit berücksichtigt.

### Art. 14

<sup>1</sup> Der überlebende Lebenspartner ist dem verwitweten Ehegatten gleichgestellt, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

Lebenspartner-  
rente

---

<sup>1)</sup> GRP 2005/2006, 128

<sup>2)</sup> 110.100

<sup>3)</sup> Seite 197

- a) Beide Partner sind unverheiratet und zwischen ihnen besteht keine Verwandtschaft;
- b) die Lebensgemeinschaft in gemeinsamem Haushalt muss nachweisbar in den letzten fünf Jahren vor dem Tod ununterbrochen bestanden haben;
- c) die verstorbene versicherte Person muss den Lebenspartner in erheblichem Masse unterstützt haben;
- d) die Erklärung betreffend gegenseitige Unterstützung wurde schriftlich und nachweislich zu Lebzeiten beider Partner eingereicht.

<sup>2</sup> Die Begünstigung eines gleichgeschlechtlichen Partners bedingt eine Registrierung der Partnerschaft.

<sup>3</sup> Die Partnerrente beträgt 75 Prozent der Ehegattenrente. Hinterlassenenleistungen anderer Sozialversicherungen und Unterhaltsleistungen aus Scheidungsverfahren werden angerechnet.

<sup>4</sup> Der Anspruch auf eine Lebenspartnerrente ist bis spätestens drei Monate nach dem Tod der versicherten Person schriftlich geltend zu machen.

# Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch<sup>1)</sup>

Vom Volke angenommen am 12. Juni 1994<sup>2)</sup>

---

## I. Allgemeiner Teil

### 1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN UND VERFAHREN

#### A. Gerichtsbehörden

##### Art. 2

Soweit dieses Gesetz nichts Besonderes anordnet, gilt die Zivilprozessordnung<sup>3)</sup>, und es werden die vom Zivilgesetzbuch dem Richter zum Entscheid zugewiesenen Streitsachen im ordentlichen Verfahren beurteilt.

I. Ordentliches  
Verfahren  
1. Allgemeiner  
Grundsatz

##### Art. 3

<sup>1 4)</sup>Das Bezirksgericht ist ohne Rücksicht auf den Streitwert insbesondere in folgenden Streitsachen zuständig:

2. Zuständigkeit  
des Bezirksge-  
richtes

1. Art. 28, 28a, Schutz der Persönlichkeit;
2. Art. 30 Abs. 3, Anfechtung von Namensänderungen;
3. Art. 42 Abs. 1, Bereinigungsklage;
4. Art. 57, 78 und 88 Abs. 2, Auflösung einer juristischen Person;
5. Art. 105 bis 108, Ungültigkeit der Ehe;
6. Art. 112, Scheidung auf gemeinsames Begehren bei Teileinigung;
7. Art. 114, 115, Scheidung auf Klage;
8. Art. 129, 134, Abänderungsklage;
9. Art. 194, 205 Abs. 2 und 251, güterrechtliche Auseinandersetzung;
10. Art. 220, Einforderung von Vermögenswerten, die der Hinzurechnung (Art. 208) unterliegen;
12. Art. 219, 612a, Zuweisung der Familienwohnung oder Hausratsgegenstände;

---

<sup>1)</sup> Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

<sup>2)</sup> B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 286 (1. Lesung), 560 (2. Lesung)

<sup>3)</sup> BR 320.000

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; B vom 6. Juli 1999, 289; GRP 1999/2000, 433

13. Art. 256, 258, Anfechtung der Vermutung der Vaterschaft des Ehemannes;
14. Art. 259 Abs. 2 und 3, Art. 260a, Anfechtung der Anerkennung;
15. Art. 261, 295, Vaterschaftsklage, Ansprüche der unverheirateten Mutter;
16. Art. 269, 269a, Anfechtung der Adoption;
17. Art. 279, 329, Unterhalts- und Unterstützungsklage;
18. Art. 286 Abs. 2, Abänderung des Unterhaltsbeitrages.

<sup>2</sup> Sachurteile in den hier aufgeführten Streitsachen unterliegen der Berufung an das Kantonsgericht.

**Art. 4<sup>1)</sup>**

3. Besondere  
Verfahrensvor-  
schriften

Die Ehe-, Vaterschafts- und Unterhaltssachen sowie bei der Anfechtung der Adoption (Art. 3 Ziff. 5–8 und Ziff. 13–18 dieses Gesetzes) stellt der Richter von Amtes wegen den Sachverhalt fest. Nötigenfalls dehnt er die Beweisaufnahme auch auf nicht behauptete Tatsachen aus und macht von allen zur Abklärung des Sachverhaltes erforderlichen Beweismitteln Gebrauch.

**Art. 7<sup>2)</sup>**

2. Der Bezirks-  
gerichtsausschuss

Der Bezirksgerichtsausschuss ist zuständig:

1. Art. 94 Abs. 2, Zustimmung zur Eheschliessung;
2. Art. 268, Entscheid über die Adoption.

**Art. 8**

3. Der Bezirks-  
gerichtspräsident

Der Bezirksgerichtspräsident ist im Personen- und Familienrecht zuständig, insbesondere:

1. Art. 28c ff., Schutz der Persönlichkeit und vorsorgliche Massnahmen;
2. Art. 28 1, Recht auf Gegendarstellung;
3. Art. 36 Abs. 2, Aufforderung zu Meldungen im Verschollenheitsverfahren;
4. <sup>3)</sup>Art. 111, Scheidung auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;
5. <sup>4)</sup>Art. 124 Abs. 2, Sicherstellung;
6. <sup>5)</sup>Art. 132, 291, Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung;
7. <sup>6)</sup>Art. 137, vorsorgliche Massnahmen im Scheidungsverfahren; der Weiterzug richtet sich nach Art. 237 ZPO <sup>1)</sup>;

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>6)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

8. Art. 166 Abs. 2 Ziff. 1, Erweiterung der Vertretungsbefugnis eines Ehegatten;
9. Art. 169 Abs. 2, Ermächtigung eines Ehegatten zur Beendigung oder Beschränkung der Rechte an der Familienwohnung;
10. Art. 170 Abs. 2, Durchsetzung der Auskunftspflicht unter Ehegatten;
11. Art. 172 bis 180, Schutz der ehelichen Gemeinschaft;
12. Art. 185, 189, Anordnung der Gütertrennung auf Begehren eines Ehegatten oder der Aufsichtsbehörde in Betreibungssachen;
13. Art. 187 Abs. 2, 191 Abs. 1, Wiederherstellung des früheren Güterstandes bzw. der Gütergemeinschaft;
14. Art. 195a, Anordnung der Aufnahme eines Inventars;
15. Art. 203 Abs. 2, 218, 235 Abs. 2, 250 Abs. 2, 11 SchlT/ZGB<sup>2)</sup>, Einräumung von Zahlungsfristen; bei hängigen Verfahren betreffend die güterrechtliche Auseinandersetzung oder den Bestand der Schuld bleibt die Zuständigkeit des ordentlichen Richters vorbehalten;
16. Art. 230, Ermächtigung eines Ehegatten zur Ausschlagung oder Annahme einer Erbschaft;
17. Art. 284, vorsorgliche Massnahmen im Unterhaltsprozess; Art. 237 ZPO<sup>3)</sup> ist anwendbar;
18. <sup>4)</sup>Art. 286 Abs. 3; Unterhaltsbeitrag bei ausserordentlichen Bedürfnissen;
19. Art. 292, Sicherstellung des künftigen Unterhalts;
20. Art. 410 Abs. 2, Fristansetzung bei Geschäften Bevormundeter.

#### Art. 11<sup>5)</sup>

Gegen Entscheide des Bezirksgerichtes im Verschollenheitsverfahren gemäss Artikel 6 dieses Gesetzes und des Bezirksgerichtsausschusses über die Zustimmung zur Eheschliessung gemäss Artikel 7 Ziffer 1 dieses Gesetzes kann die Berufung gemäss Artikel 64 dieses Gesetzes an das Kantonsgericht ergriffen werden.

b) Weiterzug von Entscheiden des Bezirksgerichtes und des Bezirksgerichtsausschusses

### B. *Verwaltungsbehörden*

#### Art. 14

<sup>1</sup> Der Gemeindevorstand ist für den Erlass von Verboten betreffend Wald und Weide auf Gemeindegebiet (Art. 699) zuständig. Gegen die Anordnung solcher Verbote kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

2. Der Gemeindevorstand

<sup>1)</sup> BR 320.000

<sup>2)</sup> SR 210

<sup>3)</sup> BR 320.000

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>2</sup> Der Gemeindevorstand des Wohnsitzes oder des Heimatortes ist zuständig für:

1. <sup>1)</sup> Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigkeit der Ehe;
2. ...<sup>2)</sup>
3. Art. 259 Abs. 2 Ziff. 3, 260a Abs. 1, Anfechtung einer Anerkennung;
4. <sup>3)</sup>Art. 550, amtliches Begehren um Verschollenerklärung gemäss Art. 6 Abs. 3 des vorliegenden Gesetzes.

<sup>3</sup> Der Gemeindevorstand des letzten Wohnsitzes des Beklagten ist zuständige Behörde bei Vaterschaftsklagen gemäss Artikel 261 Absatz 2.

<sup>4</sup> <sup>4)</sup>Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person ist für die Inkassohilfe gemäss Artikel 131 Absatz 1 zuständig.

<sup>5</sup> <sup>5)</sup>Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle nimmt die Meldung über Todesfälle von am Wohnort verstorbenen Personen entgegen und teilt sie unverzüglich dem zuständigen Zivilstandsamt mit.

<sup>6</sup> <sup>6)</sup>Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich dem Kreispräsidenten und der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis.

## Art. 15

3. Die Regierung <sup>1</sup> Die Regierung ist in folgenden Fällen zuständig:

1. Art. 30 Abs. 1, Bewilligung von Namensänderungen;
2. Art. 57 Abs. 3, 78 und 89 Abs. 1, Klage auf Aufhebung einer juristischen Person;
3. ...<sup>7)</sup>
4. <sup>8)</sup>Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigerklärung der Ehe;
5. Art. 882, Überwachung der Auslösung von Gülden;
6. Art. 885, Ermächtigung zur Annahme von Viehverpfändungen;

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>4)</sup> Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>5)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. Oktober 2004, B vom 29. Juni 2004, 1027; GRP 2004/2005, 606; Die Referendumsfrist ist am 26. Januar 2005 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 1. Februar 2005 rückwirkend auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.

<sup>6)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. Oktober 2004, B vom 29. Juni 2004, 1027; GRP 2004/2005, 606; Die Referendumsfrist ist am 26. Januar 2005 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 1. Februar 2005 rückwirkend auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.

<sup>7)</sup> Aufhebung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>8)</sup> Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

7. Art. 907, Bewilligung zum Betrieb des Pfandleihgewerbes;
8. Art. 43 Abs. 2 und 3 IPRG<sup>1)</sup>, Bewilligung zur Eheschliessung von Ausländern.

<sup>2</sup> Die Regierung ist berechtigt, Geschäfte der erwähnten Art einzelnen Departementen zur Erledigung zuzuweisen.

<sup>3</sup> <sup>2)</sup>Gegen Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 Ziffern 1 und 5–8 kann die Berufung gemäss Artikel 64 dieses Gesetzes an das Kantonsgericht erhoben werden. Dasselbe gilt für Entscheide der Departemente, soweit das Bundesrecht nicht eine andere Instanz vorsieht.

---

<sup>1)</sup> SR 291

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

# Notariatsgesetz

vom 18. Oktober 2004

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,<sup>1)</sup>  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 18. Mai 2004<sup>2)</sup>

beschliesst:

## I. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 2

<sup>1)</sup> Patentierte Notarinnen und Notare sind für alle öffentlichen Beurkundungen zuständig. Sie üben ihre Tätigkeit auf dem ganzen Kantonsgebiet aus.

Zuständigkeit für  
Beurkundungen

<sup>2)</sup> Kreisnotarinnen und Kreisnotare sind für die in ihrem Kreis anfallenden Beurkundungen zuständig, das heisst für Rechtsgeschäfte über Grundstücke, die ganz oder teilweise in ihrem Kreis liegen, und für andere Geschäfte, sofern mindestens eine Urkundspartei im Kreis wohnhaft ist oder ihren Sitz hat. Sie üben ihre Funktionen in ihrem Kreis aus.

<sup>3)</sup> Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind zuständig für Beurkundungen von Rechtsgeschäften betreffend Grundstücke in ihrem Grundbuchkreis. Sind diese Geschäfte mit solchen aus dem Personen-, Ehe-, Familien-, Erb-, Gesellschaftsrecht oder mit einem Verpfändungsvertrag verbunden, entfällt ihre Zuständigkeit, ausser bei Verträgen über Abtretung auf Rechnung künftiger Erbschaft und über die Einbringung von Grundstücken in Personengesellschaften.

<sup>4)</sup> Erstreckt sich ein Grundstück über mehrere Grundbuchkreise, ist die Grundbuchverwalterin oder der Grundbuchverwalter des Kreises zuständig, in welchem der grösste Teil des Grundstückes liegt.

---

<sup>1)</sup> BR 110.100

<sup>2)</sup> Seite 671

**V. Amtspflichten der Notariatsperson****Art. 22**

Ausstand

<sup>1</sup> Die Notariatsperson hat sich der Mitwirkung bei einer öffentlichen Urkunde zu enthalten, wenn sie aktiv oder passiv beteiligt ist, insbesondere wenn:

- a) sie selber, ihr Ehegatte oder ihre Ehegattin, ihre Verwandten in gerader Linie, ihre Geschwister oder Ehegatten dieser Personen direkt oder als Vertreterin oder Vertreter beteiligt sind oder wenn eine Verfügung zu ihren oder deren Gunsten getroffen wird;
- b) eine Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft, welcher sie als Mitglied angehört, beteiligt ist oder wenn eine Verfügung zu ihren Gunsten getroffen wird;
- c) eine Körperschaft oder Anstalt des privaten oder öffentlichen Rechts, deren Organen sie angehört, beteiligt ist;
- d) sie mit einer Partei verfeindet ist oder sonstwie wegen eines Mitgliedschafts- oder Abhängigkeitsverhältnisses interessiert ist;
- e) andere Umstände vorliegen, die ein mittelbares oder unmittelbares Interesse der Notariatsperson am Beurkundungsgeschäft begründen oder eine objektive Amtsführung nicht mehr gewährleisten.

<sup>2</sup> Für die Anrufung oder Bestreitung eines Ausstandsgrundes gelten sinngemäss die Verfahrensbestimmungen von Artikel 19 bis 21 des Gerichtsverfassungsgesetzes <sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> BR 310.000

## Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigter Kinder<sup>1)</sup>

Gestützt auf Art. 293 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB)<sup>2)</sup> und Art. 51b<sup>3)</sup> des kantonalen Einführungsgesetzes zum ZGB<sup>4)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 31. Mai 1986<sup>5)</sup>

---

### Art. 9

<sup>1)</sup> Im Gesuch sind Angaben zu machen über Personalien, Einkommens- und Vermögensverhältnisse des unterhaltsberechtigten Kindes, seiner Eltern und einer allenfalls mit dem nicht verpflichteten Elternteil verheirateten oder in eheähnlichem Verhältnis lebenden Drittperson. b) Inhalt

<sup>2)</sup> Dem Gesuch sind beizulegen:

- a) Rechtstitel (Gerichtsurteil, richterliche Verfügung, Vergleich, Unterhaltsvertrag);  
bei ausländischen Rechtstiteln ist zusätzlich eine Vollstreckbarerklärung beizulegen;
- b) Einkommens- und Vermögensausweise der in Absatz 1 genannten Personen;
- c) eine Aufstellung über die rückständigen Unterhaltsbeiträge.

<sup>3)</sup> Jede Veränderung der im Gesuch dargelegten Verhältnisse (Heirat, Volljährigkeit, Tod, Wechsel des Arbeitgebers, Einkommen, Vermögen usw.) ist unverzüglich der für die Bevorschussung zuständigen Gemeindebehörde zu melden.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss GRB vom 29. November 1995; B vom 22 August 1993, 269; GRP 1995/96, 399, 488

<sup>2)</sup> SR 210

<sup>3)</sup> Nunnmehr Art. 40

<sup>4)</sup> BR 210.100

<sup>5)</sup> B vom 17. Februar 1986, 88; GRP 1986/87, 98

## **Verordnung betreffend das Grundbuch im Kanton Graubünden (Kantonale Grundbuchverordnung / KGBV)**

Gestützt auf Art. 143 EG z ZGB<sup>1)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 4. Oktober 1995<sup>2)</sup>

---

### **IV. Grundbuchführung mit elektronischer Datenverarbeitung**

#### **Art. 32**

Miteigentumsanteile im Eigentum von Ehegatten sowie Miteigentumsanteile bei Autoabstellplätzen und dergleichen müssen nicht als eigene Grundstücke im Grundbuch aufgenommen werden. Aufnahme von Grundstücken

---

<sup>1)</sup> BR 210.100

<sup>2)</sup> B vom 13. Juni 1995, 219; GRP 1995/96, 208, 349

## Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

Vom Volke angenommen am 24. September 1978<sup>1)</sup>

---

### IV. Ausstand

#### Art. 17

Ehegatten und Verlobte sowie Verwandte und Verschwägerte bis zum zweiten Grad dürfen nicht gleichzeitig als Richter oder Aktuar an einer Gerichtssitzung teilnehmen. Für den Vorrang ist die durch die Wahl bestimmte Reihenfolge massgebend. Ausschlussgründe

#### Art. 18

Ein Richter oder Aktuar hat in Ausstand zu treten: Ausstandsgründe

- a) wenn er selbst, sein Ehegatte, sein Verlobter oder Personen, die mit ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, die zu ihm in einem Pflegeverhältnis stehen oder deren gesetzlicher oder vertraglicher Vertreter er ist, als Partei am Verfahren beteiligt, durch eine zu beurteilende Straftat geschädigt oder sonst am Ausgang des Verfahrens unmittelbar interessiert sind;
- b) wenn er mit einer Partei oder einem Geschädigten besonders befreundet oder verfeindet ist;
- c) wenn er zu einer Partei oder einem Geschädigten in einem besonderen Pflicht- oder Abhängigkeitsverhältnis steht;
- d) wenn er einer Partei oder einem Geschädigten in gleicher Sache Rate erteilt hat;
- e) <sup>2)</sup> wenn er in gleicher Sache bereits in unterer Instanz geurteilt, ein Strafmandat erlassen oder als Vermittler geamtet hat;
- f) wenn er in gleicher Sache Zeuge oder Sachverständiger ist;
- g) wenn andere Umstände ihn als befangen erscheinen lassen.

---

<sup>1)</sup> B vom 29. Juni 1976, 99; GRP 1976/77, 215, 241, 257, 269, 322, 327, 428 (Ergebnis 1. Lesung S. 467); zweite Lesung: B vom 21. November 1977, 206; GRP 1977/78, 535

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1

## Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden (ZPO)

Vom Volke angenommen am 1. Dezember 1985<sup>1)</sup>

---

### III. Das gerichtliche Verfahren

#### 1. ORDENTLICHES VERFAHREN

##### *B. Verfahren vor dem Kreispräsidenten als Vermittler<sup>2)</sup>*

#### **Art. 66<sup>3)</sup>**

<sup>1)</sup> Im Kreis wohnende Parteien sollen in der Regel persönlich zur Vermittlungsverhandlung erscheinen, ebenso die Parteien im Eheprozess. Aus wichtigen Gründen kann der Kreispräsident eine Partei vom persönlichen Erscheinen dispensieren.

Persönliches  
Erscheinen,  
Vertretung

<sup>2)</sup> Parteien, die nicht selbst vor Kreisamt erscheinen, können nur durch einen gesetzlichen Vertreter oder durch einen patentierten Rechtsanwalt vertreten werden. Artikel 23 Absatz 3 bleibt vorbehalten.

#### **Art. 67**

<sup>1)</sup> Der Kläger hat seinen Anspruch mündlich zu begründen und sein formuliertes, in Forderungsklagen beziffertes Rechtsbegehren schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben.

Rechtsbegehren

<sup>2)</sup> Eine allfällige Widerklage ist bei Verwirkungsfolge in gleicher Weise geltend zu machen. Vorbehalten bleibt die spätere Erhebung einer Widerklage im Ehescheidungs- und Trennungsverfahren aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften.

---

<sup>1)</sup> B vom 26. November 1984, 639; GRP 1984/85, 858 (1. Lesung), 73 (2. Lesung)

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1a

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1a

*D. Verfahren vor Bezirksgerichtsausschuss und Bezirksgericht*

## c) Einberufung des Gerichtes

**Art. 102**

Vorladung

<sup>1</sup> Die Vorladungen an die Parteien werden mindestens 20 Tage vor der Hauptverhandlung erlassen unter Bekanntgabe der Zusammensetzung des Gerichtes.

<sup>2</sup> Der Gerichtspräsident kann die Parteien zu persönlichem Erscheinen verpflichten. Bei Klagen auf Trennung, Scheidung oder Ungültigkeit einer Ehe haben die Parteien persönlich vor Gericht zu erscheinen. Über Ausnahmen entscheidet der Gerichtspräsident. Ausbleibende Parteien können vom Gericht in eine Busse bis zum Betrage von Fr. 500.- verfällt werden.

<sup>3</sup> Zur Hauptverhandlung werden auch die Sachverständigen vorgeladen, falls sie ihr Gutachten mündlich abgeben sollen.

## d) Hauptverhandlung

**Art. 105**Mündlichkeit und  
Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Die Verhandlungen vor Gericht sind mündlich und grundsätzlich öffentlich. Nicht öffentlich sind die Verhandlungen in Ehe-, Verwandtschafts- und Statussachen.

<sup>2</sup> Die Öffentlichkeit kann durch Gerichtsbeschluss auch in anderen Fällen ausgeschlossen werden, wenn wichtige öffentliche oder private Interessen es erfordern.

<sup>3</sup> Über die Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen entscheidet der Gerichtspräsident.

**IV. Die Beweise und Beweismittel**

## 1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

**Art. 156**Beweis-  
gegenstand

<sup>1</sup> Beweis wird nur über erhebliche und, soweit der Sachverhalt nicht von Amtes wegen zu erforschen ist, nur über bestrittene Tatsachen erhoben. Was nicht zugestanden wird, gilt als bestritten.

<sup>2</sup> Die von einer Partei vor Gericht zugestandenen Tatsachen müssen nicht bewiesen werden.

<sup>3</sup> Ob ein Geständnis einer Tatsache vorliegt, hat der Richter unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts des Vorbringens und des Verhaltens der Partei im Prozess zu beurteilen.

<sup>4</sup> In Ehe-, Verwandtschafts-, Status- und Erbteilungssachen gilt die Offizialmaxime gemäss den einschlägigen Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch. <sup>1)</sup>

## 2. DIE EINZELNEN BEWEISMITTEL

### B. Zeugen

#### Art. 174

<sup>1</sup> Das Zeugnis können verweigern:

1. Blutsverwandte und Verschwägte beider Parteien in gerader Linie und bis zum zweiten Grad der Seitenlinie. Dasselbe gilt für das Stief- und Adoptionsverhältnis oder ein diesem ähnliches Pflegeverhältnis;
2. der Ehegatte;
3. der Vormund, Beistand oder Beirat einer Partei.

Zeugnisverweigerungsrecht  
a) allgemein

<sup>2</sup> Die Verweigerungsgründe nach Ziffer 1 und 2 gelten auch nach dem Ableben der betreffenden Partei.

---

<sup>1)</sup> BR 210.100

## Submissionsgesetz (SubG)

vom 10. Februar 2004

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 5, 9 und 11 des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM) vom 6. Oktober 1995<sup>1)</sup> und Artikel 13 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB)<sup>2)</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. November 2003<sup>3)</sup>

beschliesst<sup>4)</sup>:

### III. Grundsätze

#### Art. 12

<sup>1</sup> Ein Mitglied der Vergabebehörde hat in den Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte oder Personen, die zu ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, am Ausgang eines Vergabeverfahrens ein unmittelbares Interesse haben oder wenn andere Umstände es als befangen erscheinen lassen.

Ausstand und  
Vorbefassung

<sup>2</sup> Personen und Unternehmen dürfen sich nicht als Anbieter am Verfahren beteiligen, wenn sie:

- a) die Ausschreibungsunterlagen erstellt haben;
- b) an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens derart mitgewirkt haben, dass sie dadurch einen wesentlichen durch den Auftraggeber nicht ausgleichbaren Wissensvorsprung erlangt haben oder die Vergabe zu ihren Gunsten beeinflussen können.

---

<sup>1)</sup> SR 943.02

<sup>2)</sup> BR 803.510; SR 172.056.5

<sup>3)</sup> Seite 279

<sup>4)</sup> GRP 2003/2004, 596

## **Teilrevision des Energiegesetzes des Kantons Graubünden sowie der dazugehörigen Energieverordnung**

Chur, 5. September 2006

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zu einer Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes (BR 820.200) sowie der dazugehörigen grossrätlichen Vollziehungsverordnung (BR 820.210).

### **I. Ausgangslage**

#### **1. Entwicklungen in der Energiepolitik**

Die starke Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen bildet die Hauptursache für die globale Klimaerwärmung. Dieses Erkenntnis wird wissenschaftlich mittlerweile nicht mehr ernsthaft bestritten. Entsprechend sind auf internationaler und nationaler Ebene Massnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beschlossen worden. Die Schweiz hat sich mit der Ratifikation des Protokolls von Kyoto auf internationaler Ebene zum Schutz des Klimas verpflichtet. Auf nationaler Ebene müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 gesamthaft um 10 Prozent reduziert werden. Das Reduktionsziel soll in erster Linie durch energie-, verkehrs-, umwelt- und finanzpolitische sowie durch freiwillige Massnahmen erreicht werden.

Gemäss dem Energieartikel in der Bundesverfassung (Art. 89) setzen sich Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine ausreichende, breitgefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch ein. Zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele und zur Einleitung einer nachhaltigen Energieversorgung hat der Bundesrat am 17. Januar 2001 das Programm EnergieSchweiz als Nachfolgeprogramm zu Energie 2000 lanciert. Die bisherigen Erfahrungen mit EnergieSchweiz zeigen, dass die Wirkung des Programms auf den Energieverbrauch, die CO<sub>2</sub>-Emissionen,

die Investitionen und die Beschäftigung ständig zunimmt, dass dies aber noch nicht ausreicht, um die Ziele zu erreichen. Weitere Anstrengungen sind bei den freiwilligen Massnahmen, den Anreizen und der Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten erforderlich.

Sowohl EnergieSchweiz als auch die Konferenz kantonaler Energiedirektoren (EnDK) haben deshalb im Frühjahr/Sommer 2005 koordiniert und aufeinander abgestimmt Strategien für die zweite Hälfte des Programms von EnergieSchweiz (Jahre 2006–2010) verabschiedet. Deren Schwerpunkte sind:

1. Reduktion des Wärmebedarfs durch die energetische Modernisierung der Gebäudehülle (Wände, Boden, Dach, Fenster).
2. Deckung des Restbedarfs (Heizung und Warmwasser) durch innovative Energietechnik und erneuerbare Energien.

Diese Strategien gründen auf der Erkenntnis, dass die beste Energie diejenige ist, die gar nicht gebraucht ist. Folglich gilt es, in erster Linie den Energiebedarf zu senken. Weil der Gebäudesektor derzeit für 40 Prozent der Schweizer CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, sind die verfügbaren finanziellen Fördermittel in erster Linie hier einzusetzen. In zweiter Priorität sind die effiziente Energietechnik und die erneuerbaren Energien zu unterstützen.

Im Bereich der fossilen Energien (Öl, Gas, Kohle) ist die Schweiz vollständig vom Ausland abhängig. Der sogenannte Ölschock zu Beginn der Siebziger Jahre und der starke Anstieg des Ölpreises im Jahre 2005 haben die Nachteile dieser Abhängigkeit deutlich werden lassen. Die Mehrzahl der Experten rechnet damit, dass sich der Ölpreis kurzfristig leicht erholen, sich jedoch auf deutlich höherem Niveau als in den letzten Jahren einpendeln und danach mittel- und langfristig weiter ansteigen wird. Gründe hierfür sind die zunehmende Verknappung der Erdölreserven sowie der zunehmende Aufwand bei deren Abbau. Gleichwohl bleibt beachtenswert, dass selbst dann, wenn sich der Ölpreis – wie gegenwärtig der Fall – auf einem Niveau von rund 70 Dollar pro Fass einpendelt, das Heizöl unter Beachtung der Teuerung nach wie vor gut halb so teuer ist, wie zu Beginn der Achtziger Jahre. Auch wegen des billigen Ölpreises blieb den teureren erneuerbaren Energien der Marktdurchbruch bislang versagt. Um die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen einigermaßen erfüllen zu können, braucht es demzufolge vorderhand flankierend nach wie vor gesetzliche Anreize für den Einsatz der erneuerbaren Energien.

## **2. Das geltende Förderprogramm gemäss Bündnerischem Energiegesetz (BEG)**

### ***2.1 Förderung wärmetechnischer Gebäudesanierungen, der Energieeffizienz sowie erneuerbarer Energien***

Der Kanton Graubünden verfügt seit 1993 über ein Energiegesetz mit entsprechendem Förderprogramm. Dieses wurde letztmals im Jahre 2000 den neuen Gegebenheiten angepasst. Nach geltendem Modell gewährt der Kanton finanzielle Beiträge an wärmetechnische Gebäudesanierungen. Voraussetzung dafür ist, dass der Energiebedarf nach der Sanierung bedeutend geringer ist, als dies die gesetzlichen Mindestanforderungen verlangen. Die Höhe der Beiträge beläuft sich auf zwischen 5000 und 100000 Franken und ist wirkungsabhängig: Je tiefer der Heizwärmebedarf, desto höher der Beitrag. Eine zusätzliche Erhöhung erfährt der Beitrag, wenn gleichzeitig mit der Gebäudesanierung die haustechnische Anlage ersetzt und erneuerbare Energie genutzt wird. Unterstützt werden in diesem Zusammenhang Holzfeuerungen, Solar-, Wärmepumpen- und Komfortlüftungsanlagen. Ebenfalls gefördert werden Nutzungsgradverbesserungen für gewerbliche und industrielle Zwecke, sofern diese mindestens 25 Prozent betragen. Nicht gefördert werden hingegen energetische Massnahmen in Neubauten.

Der Grosse Rat setzt jährlich die Kredite für die Förderungsbeiträge fest. Derzeit werden insgesamt – mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Globalbeiträgen – jeweils rund 1,6 Millionen Franken ausgerichtet.

### ***2.2 Förderung von Holzfeuerungsanlagen in öffentlichen Bauten***

Das geltende Recht lässt in Bauten, welche der öffentlichen Nutzung dienen und vom Kanton subventioniert sind, eine Förderung von Holzfeuerungsanlagen zu. Dabei handelt es sich in der Regel um grössere Holzfeuerungsanlagen, mit denen nach Möglichkeit auch ein Wärmeverbund errichtet und gespiesen werden kann. Holzfeuerungen für private Bauten werden nicht unterstützt.

### ***2.3 Förderung der Nutzung der Umgebungswärme in öffentlichen Bauten (Wärmepumpen)***

Das geltende Recht lässt in Bauten, welche der öffentlichen Nutzung dienen und vom Kanton subventioniert sind, eine Förderung von Wärmepumpen zu. Dabei handelt es sich in der Regel um Wärmepumpen mit grösserer Leistung. Wärmepumpen für private Bauten werden nicht unterstützt.

## ***2.4 Förderung der Nutzung der Sonnenenergie in öffentlichen Bauten (Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen)***

Das geltende Recht lässt in Bauten, welche der öffentlichen Nutzung dienen und vom Kanton subventioniert sind, eine Förderung von Solaranlagen zur Wärmeerzeugung sowie von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung zu. Der prozentuale Fördersatz für Anlagen zur Wärmeerzeugung beträgt das Dreifache des Fördersatzes für Photovoltaikanlagen.

## ***2.5 Erfolg des laufenden Förderprogramms***

Seit 1994 leistete der Kanton Beiträge in der Höhe von rund 11,4 Millionen Franken an über 640 wärmetechnische Gebäudesanierungen. Folglich wurden pro Objekt durchschnittlich knapp 17800 Franken ausgerichtet. Die mit den Sanierungen verbundenen Investitionen beliefen sich auf gut 155 Millionen Franken. Dank dieser Sanierungen konnte der Energieverbrauch im Durchschnitt halbiert werden. Die aufsummierten, jährlich wiederkehrenden Einsparungen betragen, in Tonnen Öläquivalent ausgedrückt, derzeit fast 2600 Tonnen pro Jahr, was einer CO<sub>2</sub>-Menge von etwa 8300 Tonnen in derselben Zeitspanne entspricht.

Seit 1994 förderte der Kanton auch 60 Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Solarenergie, Energieholz und Umgebungswärme). Allein mit Bezug auf Holzfeuerungen erhielten in dieser Zeitspanne 41 Anlagen eine finanzielle Unterstützung. Die gesamten Fördermittel für Holzfeuerungen betragen 4,65 Millionen Franken oder 113400 Franken im Durchschnitt pro Anlage. Diese Holzfeuerungen verbrauchen pro Jahr eine Holzschnittmenge von etwa 28000 Kubikmetern und substituieren dabei wiederkehrend 1665 Tonnen Heizöl pro Jahr. Diese Zahl entspricht einer CO<sub>2</sub>-Menge von gut 5300 Tonnen in der selben Zeitspanne.

## **3. Parlamentarische Vorstösse**

### ***3.1 Auftrag Montalta***

Am 18. Juni 2004 haben Grossrat Montalta, Ilanz, und 76 Mitunterzeichner einen Auftrag betreffend Ergänzung des Energiegesetzes eingereicht. Der Antragsteller ist der Ansicht, dass bei der Gebäudesanierung, beim Einsatz von Wärmepumpen und bei der Nutzung der Sonne zur Wärmergewinnung grosse Potenziale vorhanden seien. Gemäss geltendem Energiegesetz könnten jedoch an die Nutzung der Sonnenenergie zur Wärmergewinnung

losgelöst von einer gleichzeitigen Gebäudesanierung keine Beiträge ausgerichtet werden. Dies verhindere eine optimale Nutzung des vorhandenen Potenzials. Aus diesem Grunde lädt der Antragsteller die Regierung ein, das Energiegesetz so anzupassen, dass die Nutzung der Solarwärme vom Kanton künftig auch losgelöst von Gebäudesanierungen unterstützt werden kann.

Der Grosse Rat folgte dem Antragsteller und überwies den Auftrag mit 32 zu 25 Stimmen.

### ***3.2 Auftrag Kleis-Kümin***

Gemeinsam mit weiteren 57 Grossrätinnen und Grossräten reichte Frau Kleis-Kümin, Thuisis, am 17. Juni 2005 einen Auftrag betreffend Äufnung eines Fonds zur Förderung innovativer Projekte im Bereich Energieholznutzung bzw. von Holzfeuerungen ein. Kern des Vorstosses bildete der Auftrag an die Regierung, im Zusammenhang mit den Erträgen aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes sowie der Dotationskapital-Rückzahlung der Graubündner Kantonalbank einen Fonds zu äufnen und die Mittel für die Förderung von innovativen Projekten im Bereich der Nutzung von Energieholz, respektive Holzfeuerungen zu verwenden.

Im Zusammenhang mit dem durch den Grossen Rat überwiesenen Auftrag Montalta, welcher eine gesetzliche Grundlage für Beiträge an die Nutzung der Sonnenenergie zur Wärmegewinnung verlangt, erklärte sich die Regierung bereit, auch eine entsprechende Gesetzesänderung im Hinblick auf eine verstärkte Förderung der Energieholznutzung ins Auge zu fassen. Diese Absicht sei als Entwicklungsschwerpunkt bereits im Jahresprogramm 2006 der Regierung formuliert. Mit der entsprechenden Anpassung des Energiegesetzes solle der Anteil des Holzes am Wärmemarkt erhöht werden. Die mit dem Auftrag verlangte Schaffung eines speziellen Fonds zur Finanzierung innovativer Projekte im Bereich der Energieholznutzung lehnte die Regierung allerdings ab.

Nach ausführlicher Debatte wurde die Überweisung des Antrages vom Grossen Rat mit 53 zu 21 Stimmen abgelehnt.

### ***3.3 Zusammenfassende Übersicht***

Nachfolgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die mit den parlamentarischen Vorstössen ausgelösten Gesetzesänderungen:

Förderinstrument	Geltendes Recht	Auftrag Montalta	Absicht der Regierung im Zusammenhang mit dem abgelehnten Auftrag Kleis-Klitlin	Bemerkungen
Wärmetechnische Gebäudesanierung	Ja			Keine Änderung durch Revision BEG
Haustechnische Anlagen in bestehenden Bauten: Komfortlüftung, Abwärme	Nur in Kombination mit wärmetechnischer Gebäudesanierung			Keine Änderung durch Revision BEG
Haustechnische Anlagen in bestehenden Bauten: Solaranlagen, Holzfeuerungen, Wärmepumpenanlagen	Nur in Kombination mit wärmetechnischer Gebäudesanierung	<b>Neu:</b> Solaranlagen zum Zweck der Erzeugung von Brauchwarmwasser werden auch losgelöst von wärmetechnischer Gebäudesanierung gefördert	<b>Neu:</b> Grössere Holzfeuerungsanlagen werden auch losgelöst von wärmetechnischer Gebäudesanierung gefördert	<b>Neu:</b> Über die beiden Aufträge hinaus werden auch grössere Wärmepumpen losgelöst von einer wärmetechnischen Gebäudesanierung gefördert
Holzfeuerungen in öffentlichen Bauten	Ja			
Wärmepumpen in öffentlichen Bauten	Ja			<b>Neu:</b> Beschränkung auf öffentliche Bauten wird mit der Revision BEG gestrichen. Damit können grössere Wärmepumpen auch in neuen privaten Bauten gefördert werden
Solaranlagen zur Wärmegewinnung in öffentlichen Bauten	Ja	<b>Neu:</b> Beschränkung auf öffentliche Bauten fällt weg. Damit können Solaranlagen zum Zweck der Erzeugung von Brauchwarmwasser auch in neuen privaten Bauten gefördert werden		
Photovoltaikanlagen in öffentlichen Bauten	Ja			<b>Neu:</b> Photovoltaikanlagen werden künftig auf kantonaler Ebene nicht mehr gefördert, da der Bund in diesem Bereich tätig wird.
Nutzungsgradverbesserung bei gewerblichen und industriellen Prozessen	Ja			Keine Änderung durch Revision BEG

Tabelle 1: Bestehende und neue Förderinstrumente

## **II. Grundzüge der Neuordnung**

### **1. Erweitertes Förderprogramm**

#### ***1.1 Förderung wärmetechnischer Gebäudesanierungen, der Energieeffizienz sowie erneuerbarer Energien***

Das bestehende Förderprogramm für die wärmetechnische Gebäudesanierung sowie Nutzungsgradverbesserungen soll unverändert beibehalten werden. Allerdings ist im Rahmen der vorliegenden Revision dessen Verhältnis zu allfälligen Bundesfördermodellen und nationalen Förderprogrammen zu regeln. Im Grundsatz gilt, dass ein Gesuchsteller nur die Anforderungen des jeweiligen Programms erfüllen muss, um die entsprechenden finanziellen Beiträge zu erhalten. Eine Kumulation von Beitragszahlungen aus verschiedenen Förderprogrammen ist in einem begrenzten Umfang grundsätzlich möglich.

#### ***1.2 Förderung von Holzfeuerungsanlagen und Wärmeverbänden***

Das bestehende Förderprogramm für Holzfeuerungen soll erweitert werden. Neu erhalten nicht mehr nur haustechnische Anlagen in öffentlichen Bauten eine finanzielle Unterstützung, sondern insbesondere auch solche in privaten Bauten. Dies gilt sowohl für bestehende als auch für Neubauten. Ausdrücklich geregelt wird überdies, dass auch zugehörige Wärmeverbände und Netzerweiterungen gefördert werden können. Das Förderprogramm richtet sich ausschliesslich an grössere Anlagen. Kleinanlagen erhalten wie bisher eine Unterstützung, wenn sie im Zusammenhang mit einer wärmetechnischen Sanierung der Gebäudehülle bestehender Bauten installiert werden. Die Bemessung des Beitragumfangs wird neu nach dem harmonisierten Fördermodell der Kantone bestimmt. Grundlage bildet hierbei nicht mehr das Mass der Investitionskosten, sondern die erzeugte Nutzenergie. Die Bemessungskriterien bleiben in der Stossrichtung unverändert. Wird die Massnahme in Kombination mit einer wärmetechnischen Gebäudesanierung vorgenommen, fällt der Beitrag in Anwendung dieser Kriterien höher aus, um einen Anreiz für die umfassende Sanierung zu schaffen bzw. deren Attraktivität zu steigern.

#### ***1.3 Förderung von Solaranlagen zur Wärmeerzeugung***

Zwecks Umsetzung des Auftrags Montalta werden neu Solaranlagen, welche der Erwärmung des Brauchwarmwassers dienen, finanziell unter-

stützt. Eine gleichzeitige wärmetechnische Sanierung der Gebäudehülle bildet nicht mehr Voraussetzung für die Ausrichtung eines Beitrages. Die Förderung ist nicht mehr nur auf öffentliche Bauten beschränkt und gilt sowohl für bestehende als auch für Neubauten. Die Bemessung des Beitragsumfangs wird neu nach dem harmonisierten Fördermodell der Kantone bestimmt. Die Bemessungskriterien bleiben in der Stossrichtung unverändert. Wird die Massnahme in Kombination mit einer wärmetechnischen Gebäudesanierung vorgenommen, fällt der Beitrag in Anwendung dieser Kriterien höher aus, um einen Anreiz für die umfassende Sanierung zu schaffen bzw. deren Attraktivität zu steigern.

#### ***1.4 Förderung von Wärmepumpenanlagen und Wärmeverbänden***

Neu sollen auch Wärmepumpenanlagen verstärkt gefördert werden. Das Förderprogramm richtet sich an grössere Anlagen, unabhängig davon, ob sie sich in öffentlichen oder privaten bzw. in bestehenden oder neuen Bauten befinden. Ausdrücklich geregelt wird überdies, dass auch zugehörige Wärmeverbände und Netzerweiterungen gefördert werden können. Kleinanlagen erhalten weiterhin eine Unterstützung, wenn sie im Zusammenhang mit einer wärmetechnischen Sanierung der Gebäudehülle installiert werden. Werden grössere Anlagen in Kombination mit einer wärmetechnischen Gebäudesanierung vorgenommen, fällt der Beitrag höher aus, um einen Anreiz für die umfassende Sanierung zu schaffen bzw. deren Attraktivität zu steigern.

#### ***1.5 Förderung von Solaranlagen zur Stromerzeugung***

Nach dem bisherigen Fördermodell unterstützt der Kanton Solaranlagen zur Stromerzeugung in öffentlichen Gebäuden. Solche Photovoltaikanlagen und auch die Nutzung der übrigen erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung (Biogasanlagen, Windkraftwerke, Wärmekraftkoppelung, etc.) sollen künftig im Rahmen von nationalen Förderprogrammen, welche im Zusammenhang mit der Strommarktöffnung und deren Anschlussgesetzgebung stehen, finanziell unterstützt werden. Aus diesem Grund und zum Zwecke eines wirkungsvollen Einsatzes der Fördermittel soll auf kantonaler Ebene auf die bisherige Förderung von Solaranlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie verzichtet werden.

### III. Auswirkungen des Förderprogramms

#### 1. Energetische und lufthygienische Auswirkungen

Unter Berücksichtigung einer Einführungszeit für die zusätzlichen Förderprogramme kann die energetische Wirkung abgeschätzt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt die mutmasslichen Energiemengen, welche mit den jährlich zu erwartenden Neuanlagen erzeugt werden können.

<b>Förderprogramm Erneuerbare Energien</b>	2007 [Mio. kWh]	2008 [Mio. kWh]	2009 [Mio. kWh]	2010 [Mio. kWh]	2011 [Mio. kWh]
Holzfeuerungen von 70 kW und mehr	2.00	3.00	4.00	5.00	5.00
Wärmepumpen von 50 kW und mehr	0.50	0.50	0.50	0.50	0.50
Solaranlagen für Brauch-Warmwasser ab 4 m <sup>2</sup>	0.25	0.50	0.75	1.00	1.00
<b>Erzeugte Energiemenge</b>	2.75	4.00	5.25	6.50	6.50

Tabelle 2: Energieerzeugung der zusätzlich geförderten Anlagen

Die energetische Entwicklung weist eine Steigerung der erzeugten erneuerbaren Energiemenge von 2.75 Mio. Kilowattstunden im Jahre 2007 auf 6.50 Mio. Kilowattstunden im Jahre 2011 aus. In Öläquivalent ausgedrückt bedeutet dies letztlich eine jährlich substituierte Heizölmenge von 650000 Litern oder etwa 550 Tonnen.

Werden die mutmasslichen in Öläquivalent umgerechneten Energiemengen als Basis für die lufthygienische Wirkung herangezogen, ergibt sich daraus eine jährliche CO<sub>2</sub>-Reduktion von rund 1750 Tonnen. Mit Bezug auf die Feinstaubbelastung durch Holzfeuerungen werden Beiträge nur an Anlagen ausgerichtet, welche die entsprechenden gesetzlichen Anforderungen der Luftreinhalte-Verordnung (LRV; SR 814.318.142.1) erfüllen.

#### 2. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Erfahrungsgemäss benötigt die Einführung von neuen oder zusätzlichen Fördermöglichkeiten der öffentlichen Hand eine gewisse Anlaufzeit. Die nachfolgende Tabelle zeigt den geschätzten Finanzbedarf des Kantons aufgrund der zu erwartenden Gesuche.

<b>Förderprogramm Erneuerbare Energien</b>	2007 [Franken]	2008 [Franken]	2009 [Franken]	2010 [Franken]	2011 [Franken]
Holzfeuerungen von 70 kW und mehr	200 000	300 000	400 000	500 000	500 000
Wärmepumpen von 50 kW und mehr	50 000	50 000	50 000	50 000	50 000
Solaranlagen für Brauch-Warmwasser ab 4 m <sup>2</sup>	75 000	150 000	225 000	300 000	300 000
Finanzbedarf gemäss Finanzplan mit neuem Förderprogramm	325 000	500 000	675 000	850 000	850 000
Finanzbedarf gemäss Finanzplan mit bisheri- gem Förderprogramm	250 000	300 000	300 000	300 000	300 000
<b>Zusätzlicher Finanz- bedarf</b>	<b>75 000</b>	<b>200 000</b>	<b>375 000</b>	<b>550 000</b>	<b>550 000</b>

*Tabelle 3: Finanzbedarf der zusätzlich geförderten Anlagen*

Sowohl das bestehende als auch das verstärkte Fördersystem wird von Globalbeiträgen des Bundes gemäss eidgenössischem Energiegesetz profitieren können. Somit werden künftig für die Förderung im Bereich erneuerbarer Energien zwischen 325000 Franken und 850000 Franken zur Verfügung stehen, in welchen Bundesmittel in der Höhe von rund 30 Prozent enthalten sind. Zu beachten gilt, dass der Grosse Rat mit der Beschlussfassung über das Budget die verfügbaren Mittel jährlich neu festlegt und Beiträge nur in diesem Umfang ausgerichtet werden können.

Entsprechend der prognostizierten Entwicklung ist damit zu rechnen, dass die Anzahl Beitragsgesuche von heute weniger als 10 schrittweise bis auf rund 200 Gesuche pro Jahr ansteigen wird. Diese Gesuche werden vom Amt für Energie (AfE) bearbeitet und zwar ohne zusätzliche eigene personelle Mittel. Das AfE geht davon aus, dass nach einer Probephase des Vollzugs zusätzliche finanzielle Mittel für die Abwicklung des Förderprogramms durch Dritte in der Höhe von jährlich rund 20000 Franken erforderlich sein werden. Für den Aufbau der EDV-Hilfsmittel dürften einmalig rund 50000 Franken aufzuwenden sein.

Nebst einer bedeutenden energetischen Wirkung zeigt das Förderprogramm auch eine positive volkswirtschaftliche Bilanz (Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere beim regionalen Bauhaupt- und Baunebengewerbe).

Unter Berücksichtigung der parlamentarischen Beratungen und der Referendumsfrist ist eine Inkraftsetzung der revidierten Bestimmungen auf Mitte 2007 möglich.

## **IV. Vernehmlassungsverfahren**

### **1. Ausgangslage**

Der Revisionsentwurf des kantonalen Energiegesetzes (BEG) und der Vollziehungsverordnung (BEV) sowie die dazugehörigen Erläuterungen wurden sämtlichen Gemeinden, den politischen Parteien, diversen beruflichen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen sowie allen kantonalen Departementen zugestellt. Während des Vernehmlassungsverfahrens waren die Dokumente überdies auf der Internetseite des Amtes für Energie frei zugänglich. Insgesamt gingen 35 Vernehmlassungen ein.

Es äusserten sich 12 Gemeinden, 6 kantonale Stellen, 4 politische Parteien sowie 13 Vereinigungen zur Vorlage. Bis auf eine Stellungnahme, welche die Bündner Energiepolitik schon im Grundsatz als in die falsche Richtung führend einstuft, wurde die Teilrevision begrüsst und befürwortet. Generell fand die Ausweitung der Beitragsleistung für Anlagen zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern in allen Bauten Anklang. In besonderem Masse traf dies für die thermische Nutzung der Solar- sowie der Holzenergie zu. Wie nachfolgend darzulegen ist, gingen die Ansichten über die konkrete Ausgestaltung einzelner Bestimmungen allerdings auseinander.

### **2. Hauptanliegen**

Es lassen sich die folgenden Hauptanliegen zusammenfassen:

- Verstärkte Förderung erneuerbarer Energien
- Herabsetzen der Fördergrenze von 70 kW Heizleistung bei Holzfeuerungsanlagen
- Unterbinden von Mehrfachsubventionierungen

Mehrere Vernehmlasser sprachen sich für eine Verstärkung der kantonalen Förderbemühungen aus. Es wurde mitunter eine Erhöhung der Beiträge an Holzfeuerungen, die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf solche Beiträge im Gesetz sowie eine Ausweitung des Fördermodells auf Biogas-, Windkraft- und Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen verlangt. Auch wurde eine generelle Verschärfung der energetischen Anforderungen an Bauten und Anlagen gefordert.

Demgegenüber bezweckt die vorliegende Revision einzig, in einer schlanken Vorlage den konkreten parlamentarischen Auftrag Montalta sowie die Absichten der Regierung im Zusammenhang mit dem abgelehnten Auftrag Kleis-Kümin umzusetzen. Die Forderungen einzelner Vernehmlasser gehen weit über diesen Rahmen hinaus, so dass sie nicht Gegenstand dieser Teilrevision bilden können. Im Zuge der Harmonisierung der Energiebestimmungen unter den schweizerischen Kantonen und zwecks Umsetzung der energiepolitischen Strategie der EnDK wird eine Totalrevision der kantonalen Energiebestimmungen allerdings in den nächsten Jahren unumgänglich sein.

Rund ein Drittel der Vernehmlasser forderte eine Herabsetzung des für Holzfeuerungen vorgeschlagenen Födergrenzwertes von 70 kW Heizleistung. Im Sinne eines effizienten Einsatzes der vorhandenen finanziellen Mittel und der beabsichtigten Wirkung sollen in erster Linie denn auch grössere Anlagen unterstützt werden. Damit sollen sog. wirkungslose Mitnahmeeffekte – d.h. Beitragsleistungen an Heizanlagen, welche auch ohne staatliche Förderung eingebaut würden – verhindert werden. Immerhin besteht mit der vorgeschlagenen Regelung die Möglichkeit, Beiträge an Anlagen auszurichten, welche aufgrund des Zusammenschlusses mehrerer Verbraucher über einen Wärmeverbund den geforderten Anlagengrenzwert erreichen oder im Zusammenhang mit einer wärmetechnischen Gebäudesanierung realisiert werden.

Schliesslich wurde seitens einzelner Vernehmlasser gefordert, dass die Möglichkeit, Beiträge an dieselbe energetische Massnahme an Bauten oder Anlagen zu kumulieren, von Gesetzes wegen ausgeschlossen werde. Hierzu ist festzuhalten, dass die revidierten Bestimmungen von BEG und BEV im Wesentlichen die bisherige Regelung und Praxis fortführen. Danach gilt bei der Kumulation von Beiträgen eine Höchstgrenze von 50 Prozent der Aufwendungen für das einzelne Projekt. Im Zuge der vorliegenden Revision werden neu bestehende Lücken gefüllt: Die Begrenzung auf 50 Prozent gilt nunmehr für alle Beiträge nach Art. 14 BEG (vormals nur für wärmetechnische Gebäudesanierungen). Darüber hinaus werden auch Beitragsleistungen aus nationalen Programmen einbezogen. In Bezug auf Fördermittel der Stiftung Klimarappen hat sich die Situation seit der Vernehmlassung ohnehin geändert. Aufgrund der Beitragsbestimmungen dieser Stiftung werden Beiträge nur ausgerichtet, wenn keine kantonalen Beiträge an dieselbe energetische Massnahme geleistet werden. Um Abzüge bei den Globalbeiträgen des Bundes zu vermeiden, wird der Kanton im Geltungsbereich des Klimarappens folglich nur ergänzend fördern, das heisst jene Projektbestandteile, welche von der Klimarappen-Förderung ausgeschlossen sind. Nebst dieser speziellen Problematik ist eine Kumulation von Beiträgen wegen der erwarteten steigenden Förderwirkung in begrenztem Umfang weiterhin erwünscht.

## V. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

### 1. Energiegesetz des Kantons Graubünden

#### Artikel 14

Gemäss **Absatz 1** werden bei umfassenden wärmetechnischen Gebäudesanierungen Beiträge ausbezahlt. Im Zusammenhang mit einer Sanierung der Gebäudehülle können bei bestehenden Bauten mit einem kleineren Energiebedarf folglich auch haustechnische Anlagen finanziell gefördert werden, wenn sie die entsprechenden gesetzlichen Anforderungen erfüllen. Dieses Anreizmodell hat sich bewährt, es soll keine Änderung erfahren.

Gemäss **Absatz 2** werden in neuen und bestehenden Bauten auch ohne Sanierung der Gebäudehülle haustechnische Anlagen zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern gefördert. Diese Förderung unterscheidet im Gegensatz zu bisher nicht mehr danach, ob es sich um private oder öffentliche Gebäude handelt.

**Absatz 3** betrifft die vom Bund den Kantonen zufließenden Globalbeiträge und neu ausdrücklich auch Bundesfördermodelle, wie beispielsweise die einstige Lothar-Holzförderung sowie nationale Förderprogramme, welche sich nur indirekt auf ein Bundesgesetz stützen (z. B.: in Form einer Stiftung ausgestalteter Klimarappen). Mit der gewählten Formulierung wird sichergestellt, dass ein Gesuchsteller nur die Anforderungen des jeweiligen Programms erfüllen muss, um die entsprechenden Beiträge zu erhalten.

#### Artikel 15

**Absatz 1** entspricht der bisherigen Regelung in Art. 10 Abs. 1 BEV und legt die Bemessungskriterien fest, anhand welcher sämtliche Beiträge zu ermitteln sind. Das Legalitätsprinzip verlangt, dass die Kriterien für die Beitragsbemessung in einem Gesetz im formellen Sinn verankert werden. Aus diesem Grunde wird die Regelung des bisherigen Art. 10 Abs. 1 BEV in Art. 15 BEG überführt. Da die vorliegenden Kriterien aufgrund der Neufassung von Art. 14 Abs. 2 BEG nunmehr auch für haustechnische Anlagen alleine anwendbar sein müssen, erfolgt eine entsprechende Ergänzung in litera g. Mit der Berücksichtigung der Gesamt-Energieeffizienz in der neuen litera i soll zudem erreicht werden, dass der Beitrag an eine haustechnische Anlage im Rahmen einer umfassenden Gebäudesanierung höher ausfällt, als wenn diese Anlage losgelöst von wärmetechnischen Massnahmen am Gebäude installiert wird.

**Absatz 2** ermöglicht neu eine unterschiedliche Gewichtung der anwendbaren Kriterien, wenn dies bei den verschiedenen Kategorien von Fördermassnahmen aus technischer Sicht erforderlich ist.

## **Artikel 18 BEG**

Diese Bestimmung wird bis auf eine terminologische Korrektur (s. Ziff. 3. nachfolgend) unverändert beibehalten. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass sich die Ausgabenkompetenz der zuständigen Instanzen nach dem Finanzhaushaltsgesetz (BR 710.100) und der dazugehörigen Verordnung (BR 710.110) richtet.

## **2. Energieverordnung des Kantons Graubünden**

### **Artikel 8**

Dieser Artikel präzisiert die Voraussetzungen für das Entrichten der Beiträge. Die bisherige Prozent-Regelung in **Absatz 1** ist aus technischer Sicht überholt. Die neue Formulierung entspricht der geltenden Praxis. Die Regelung erfährt in der Stossrichtung keine Änderung.

**Absatz 2** definiert, welche haustechnischen Anlagen im Sinne von Art. 14 Abs. 2 BEG förderberechtigt sind. Aufgrund der Revision von Art. 14 BEG wird die Förderung erweitert. Im Gegensatz zu bisher wird nicht mehr danach unterschieden, ob es sich um private oder öffentliche Gebäude handelt. Hingegen werden Beiträge nunmehr nur an Anlagen ab einer bestimmten Grösse entrichtet. Litera a entspricht dem Auftrag Montalta, litera b der von der Regierung geäusserten Absicht im Zusammenhang mit dem abgelehnten Auftrag Kleis-Kümin. Die Förderung von grösseren Wärmepumpenanlagen gemäss litera c erfährt im oben dargelegten Rahmen eine Ausweitung. Sowohl bei Holzfeuerungen als auch bei Wärmepumpenanlagen besteht zudem die Möglichkeit, zugehörige Wärmeverbände und Netzerweiterungen finanziell zu unterstützen. Dies bedeutet, dass mit der vorgeschlagenen Regelung auch Beiträge an Anlagen ausgerichtet werden können, welche aufgrund des Zusammenschlusses mehrerer Verbraucher den geforderten Anlagengrenzwert erreichen. Auf die Förderung von Photovoltaikanlagen wird auf kantonaler Ebene hingegen verzichtet, da der Bund in diesem Bereich tätig wird.

**Absatz 3** entspricht der bisherigen Regelung in Art. 10 Abs. 3 BEV und wird aus Gründen der Systematik hier eingefügt. Demnach regelt das Departement in einer Verfügung technische Einzelfragen sowie solche des Vollzugs.

### **Artikel 9**

Dieser Artikel definiert den Bemessungsrahmen für die Beitragsgewährung. In **Absatz 1** wird die untere Beitragsgrenze zur Abweisung von Bagatellfällen bei wärmetechnischen Gebäudesanierungen gestrichen, damit bei einem allfälligen nationalen Programm für energetische Sanierungsmassnahmen an der Gebäudehülle ergänzende Beiträge in geringer Höhe an haustechnische Anlagen entrichtet werden können.

Wird zusammen mit der Sanierung der Gebäudehülle eine haustechnische Anlage installiert, welche die Voraussetzungen von Art. 8 Abs. 2 erfüllt, muss die Fördergrenze von 100000 Franken erhöht werden. Andernfalls wird ein umfassendes Sanierungsvorhaben gegenüber einer auf die Haustechnik beschränkten Massnahme oder zwei separat eingereichten Teilvorhaben benachteiligt. **Absatz 2** legt deshalb fest, dass in den erstgenannten Fällen die Beitragsgrenze der Summe der maximalen Beiträge gemäss Absatz 1 und Absatz 3 entspricht. Bei der konkreten Bemessung gilt allerdings auch in diesem Falle, dass der Förderbeitrag gemäss Art. 11 BEV 50 Prozent der Aufwendungen für das jeweilige Projekt nicht übersteigen darf.

**Absatz 3** legt die Maximalbeiträge für haustechnische Anlagen gemäss Art. 14 Abs. 2 BEG fest. Die Grenzziehung erfolgt anhand der Erfahrungen aus der Vollzugspraxis und im Lichte der harmonisierten Fördermodelle. Der Höchstbetrag liegt für Solaranlagen bei 50000 Franken, für Holzfeuerungsanlagen bei 200000 Franken. Wärmepumpenanlagen werden bis zu einem Beitrag von maximal 50000 Franken unterstützt, da diese Anlagen durch einige Elektrizitätswerke bereits stark gefördert werden.

**Absatz 4** entspricht der bisherigen Regelung in Art. 10 Abs. 3 BEV. Demnach legt das Departement in einer Verfügung insbesondere die massgebenden Berechnungsmodelle fest. Hierbei kann es auf die bestehenden harmonisierten kantonalen Fördermodelle verweisen.

## **Artikel 10**

Dieser Artikel wird hier aufgehoben und neu in Art. 15 BEG überführt.

## **Artikel 11**

Beiträge an energetische Massnahmen aus verschiedenen finanziellen Quellen können grundsätzlich kumuliert werden. Art. 11 BEV enthält deshalb ein Korrektiv, um zu verhindern, dass die Gesamtheit der Beiträge an ein bestimmtes Projekt ein festgelegtes Mass übersteigt. Dieses Korrektiv, welches bisher in Art. 9 Abs. 2 BEV statuiert war, wird neu auf sämtliche Förderungsmassnahmen nach Art. 14 BEG ausgeweitet und berücksichtigt neu auch Beitragsleistungen aus nationalen Programmen. In Bezug auf Fördermittel der Stiftung Klimarappen hat sich seit der Vernehmlassung eine veränderte Situation eingestellt. Aufgrund der zwischenzeitlich bekannt gegebenen Beitragsbestimmungen dieser Stiftung werden Beiträge nur ausgerichtet, wenn keine kantonalen Beiträge an dieselbe energetische Massnahme geleistet werden. Um Abzüge bei den Globalbeiträgen des Bundes zu vermeiden, wird der Kanton im Geltungsbereich des Klimarappens folglich nur noch ergänzend fördern.

## **Artikel 12**

Die Revision von Artikel 8 erfordert eine Anpassung dieser Bestimmung. Die Regierung soll aus energiepolitischen Gründen oder fachtechnisch bedingt – insbesondere bei veränderten technischen Standards – eine Anpassung der definierten Grenzwerte im Einzelfall vornehmen können.

### **3. Redaktionelle Änderungen**

Aus terminologischen Gründen wird in der gesamten Vorlage der bisherige Begriff «Förderungsbeiträge» durch «Beiträge» ersetzt. Weiter ist in Art. 18 BEG anstelle von «Voranschlag» der Begriff «Budget» zu verwenden. Damit erfolgt eine sprachliche Abgleichung mit der Finanzhaushaltsgesetzgebung.

## **VI. Anträge**

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Energiegesetzes (BEG) und der Energieverordnung (BEV) zuzustimmen;
3. von der Erledigung des Auftrages Montalta betreffend Ergänzung des Energiegesetzes (GRP 2004/2005, Seiten 480, 687) Kenntnis zu nehmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

## Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG)

Änderung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 und 82 Abs. 2 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. September 2006,

beschliesst:

### I.

Das Energiegesetz des Kantons Graubünden vom 7. März 1993 wird wie folgt geändert:

#### Art. 14 Abs. 2 und 3

<sup>2</sup> Werden in Bauten (...) Anlagen zur Gewinnung von Energie aus c) **Beiträge** erneuerbaren Energieträgern installiert, kann sich der Kanton **auch unabhängig von einer Sanierung der Gebäudehülle** an den Kosten beteiligen.

<sup>3</sup> **Beiträge an energetische Massnahmen** aus Finanzmitteln des Bundes oder eines nationalen Förderprogramms werden nach **Massgabe der entsprechenden Beitragsvoraussetzungen** gewährt.

#### Art. 15

<sup>1</sup> **Die Bemessung der Beiträge gemäss Art. 14 BEG erfolgt** d) **Bemessung projektbezogen anhand folgender Kriterien:**

- a) **Energiebedarf;**
- b) **Umfang der Nutzung einheimischer, erneuerbarer Energieträger;**
- c) **Mass der Umweltschonung;**
- d) **Eigendeckungsgrad;**
- e) **Nutzungsgrad;**
- f) **Gebäudetyp und dessen Grösse;**
- g) **Anlagentyp und dessen Grösse;**
- h) **Investitions- und Energiekosten;**
- i) **Gesamt-Energieeffizienz.**

<sup>2</sup> **Die Gewichtung der anwendbaren Kriterien kann je nach Kategorie von Förderungsmassnahmen unterschiedlich ausfallen.**

**Art. 18 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Regierung beschliesst die Beitragsleistungen und andere Förderungsmassnahmen im Rahmen dieses Gesetzes und der im **Budget** vorgesehenen Kredite.

**II.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Teilrevision.

## Energieverordnung des Kantons Graubünden (BEV)

Änderung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung und Art. 4 des  
Energiegesetzes des Kantons Graubünden,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. September 2006,

beschliesst:

### I.

Die Energieverordnung des Kantons Graubünden vom 1. Oktober 1992  
wird wie folgt geändert:

#### Art. 8 Abs. 1 lit. a, Abs. 2 und 3

<sup>1</sup> Die Voraussetzungen für die Ausrichtung von **Beiträgen** gemäss Artikel  
14 Absatz 1 BEG sind:

**Beiträge**  
a) Voraus-  
setzungen

- a) für Wohn-, Dienstleistungs-, Schulbauten und dergleichen, dass der  
nachzuweisende **Heizwärmebedarf unter dem Grenzwert der  
massgebenden Fachnormen liegt;**

<sup>2</sup> **Gemäss Artikel 14 Absatz 2 BEG können an folgende Anlagen  
Beiträge ausgerichtet werden:**

- a) **Solaranlagen zum Zweck der Erzeugung von Brauchwarmwasser  
mit einer Absorberfläche von mindestens 4 m<sup>2</sup>;**  
b) **Automatische Holzfeuerungsanlagen, welche eine Heizleistung  
von 70 kW und mehr erbringen sowie zugehörige Wärmever-  
bünde und Netzerweiterungen;**  
c) **Wärmepumpenanlagen, welche eine Heizleistung von 50 kW und  
mehr erbringen sowie zugehörige Wärmeverbünde und Netz-  
erweiterungen.**

<sup>3</sup> **Das zuständige Departement legt die Einzelheiten fest.**

**Art. 9**

<sup>1</sup> Gemäss Artikel 14 Absatz 1 BEG werden für Wohn-, Dienstleistungs-, Schulbauten und dergleichen **Beiträge (...)** bis 100 000 Franken ausgerichtet.

<sup>2</sup> **Beinhaltet ein Vorhaben nach Artikel 14 Absatz 1 BEG Massnahmen an haustechnischen Anlagen, welche zugleich die Voraussetzungen von Artikel 8 Absatz 2 erfüllen, erhöht sich die Beitragsgrenze um den maximalen Beitrag für diese Anlage.**

<sup>3</sup> Gemäss Artikel 14 Absatz 2 BEG werden folgende **Beiträge** ausgerichtet:

- a) **bei Solaranlagen zum Zweck der Erzeugung von Brauchwarmwasser bis 50 000 Franken;**
- b) **bei Holzfeuerungsanlagen bis 200 000 Franken;**
- c) **bei Wärmepumpenanlagen bis 50 000 Franken.**

<sup>4</sup> **Das zuständige Departement legt die Einzelheiten fest.**

**Art. 10****Aufgehoben****Art. 11**

c) Verhältnis zu anderen Beitragsleistungen

**Die Beiträge gemäss Artikel 14 BEG dürfen zusammen mit anderen Beiträgen der öffentlichen Hand oder aus nationalen Förderprogrammen 50 Prozent der Aufwendungen für das einzelne Projekt nicht übersteigen.**

**Art. 12**

Liegen sachliche Gründe vor, kann die Regierung eine Anpassung der in Artikel 8 **Absatz 2** enthaltenen **Grenzwerte** vornehmen.

**II.**

Diese Teilrevision tritt mit der Teilrevision des Energiegesetzes des Kantons Graubünden vom ... in Kraft.

## Lescha d'energia dal chantun Grischun (LEG)

midada dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 e 81 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 5 da settember 2006,

concluda:

### I.

La lescha d'energia dal chantun Grischun dals 7 da mars 1993 vegn midada sco suonda:

#### Art. 14 al. 2 e 3

<sup>2</sup> Sch'i vegnan fatgas en edificis (...) installaziuns per producir energia or <sup>c) contribuziuns</sup> da purtaders d'energia regenerabla, po il chantun sa participar als custs **er independentamain d'ina sanaziun dals mirs exterius da l'edifizi.**

<sup>3</sup> Contribuziuns **per mesiras energeticas** or da meds finansials da la confederaziun **u d'in program da promoziun naziunal** vegnan concedidas a **norma da las premissas per las contribuziuns correspondentas.**

#### Art. 15

<sup>1</sup> **La calculaziun da las contribuziuns tenor l'art. 14 LEG succeda** <sup>d) calculaziun</sup> **s'orientond al project tenor ils suandants criteris:**

- a) **il basegn d'energia;**
- b) **la dimensiun da l'utilisaziun da purtaders d'energia indigens e regenerabels;**
- c) **il grad da la protecziun da l'ambient;**
- d) **il grad da l'atgna garanzia;**
- e) **il grad d'utilisaziun;**
- f) **il tip d'edifizi e sia grondezza;**
- g) **il tip da l'installaziun e sia grondezza;**
- h) **ils custs d'investiziun e d'energia;**
- i) **l'effizienz totala d'energia.**

**<sup>2</sup> La valitaziun dals criteris applitgabels po esser differenta tut tenor la categoria da las mesiras da promoziun.**

**Art. 18 al. 1**

<sup>1</sup> La regenza concluda las prestaziuns da contribuziun ed autras mesiras da promoziun en il rom da questa lescha e dals credits previs en il **preventiv**.

**II.**

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa revisiun parziala.

## Ordinaziun d'energia dal chantun Grischun (OEG)

midada dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala e tenor l'art. 4 da la lescha d'energia dal chantun Grischun,

sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 5 da settember 2006,

concluda:

### I.

L'ordinaziun d'energia dal Chantun Grischun dal 1. d'october 1992 vegn midada sco suonda:

#### Art. 8 al. 1 lit. a, al. 2 e 3

<sup>1</sup> Las premissas per pajar **contribuziuns** tenor l'artitgel 14 alinea 1 LEG **Contribuziuns**  
èn: a) premissas

a) per edifizis d'abitar, da servetsch, da scola e.u.v., ch'il **basegn da chalur da stgaudament** saja sut la limita da las normas spezialisadas decisivas;

<sup>2</sup> **Tenor l'artitgel 14 alinea 2 LEG pon vegnir pajadas contribuziuns a las suandantas installaziuns:**

a) **implants solars per producir aua chauda da diever cun ina surfatscha d'absorbaziun d'almain 4 m<sup>2</sup>;**

b) **stgaudaments da laina automatics cun ina prestaziun da stgaudar da 70 kW e daplì sco er colliaziuns da chalur respectivas ed engrondiments da la rait;**

c) **pumpas da chalur cun ina prestaziun da stgaudar da 50 kW e daplì sco er colliaziuns da chalur respectivas e schlargiements da la rait;**

<sup>3</sup> **Il departament competent fixescha ils detagls.**

#### Art. 9

<sup>1</sup> Tenor l'artitgel 14 alinea 1 LEG vegnan pajadas **contribuziuns (...)** fin 100 000 francs per edifizis d'abitar, da servetsch, da scola e.u.v.

<sup>2</sup> Sch'in project cuntegna tenor l'artitgel 14 alinea 1 LEG mesiras vi d'installaziuns da la tecnica da chasa che adempleschan il medem mument las premissas da l'artitgel 8 alinea 2, s'augmenta la limita da contribuziuns per la contribuziun maximala per questa installaziun.

<sup>3</sup> Tenor l'artitgel 14 alinea 2 LEG vegnan concedidas las suandantas contribuziuns:

- a) tar implants solars per producir aua chauda da diever fin 50 000 francs;
- b) tar stgaudaments da laina fin 200 000 francs;
- c) tar pumpas da chalur fin 50 000 francs;

<sup>4</sup> Il departament competent fixescha ils detagls.

**Art. 10**  
aboli

**Art. 11**

c) relaziun cun  
autras  
prestaziuns da  
contribuziuns

**Ensemen cun autras contribuziuns dal maun public u contribuziuns da programs da promoziun naziunals na dastgan las contribuziuns tenor l'artitgel 14 LEG betg surpassar 50 pertschient da las expensas per il singul project.**

**Art. 12**

Sch'igl è avant maun motivs objectivs, po la regenza far in'adattaziun da las **limitas** cuntegnidas en l'artitgel 8 **alinea 2**.

**II.**

Questa revisiun parziala entra en vigur cun la revisiun parziala da la lescha d'energia dals .....

## Legge sull'energia del Cantone dei Grigioni (LGE)

Modifica del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 e 81 opv. 2 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del 5 settembre 2006,

decide:

### I.

La legge sull'energia del Cantone dei Grigioni del 7 marzo 1993 è modificata come segue:

#### Art. 14 cpv. 2 e 3

<sup>2</sup> Se in edifici (...) vengono installati impianti per la produzione di energia da fonti energetiche rinnovabili, il Cantone può partecipare alle spese **anche indipendentemente da un risanamento della superficie di tamponamento dell'edificio.** c) Sussidi (...)

<sup>3</sup> Sussidi **a misure energetiche** attinti da mezzi finanziari della Confederazione **o da un programma di promozione nazionale** vengono concessi **in base ai relativi presupposti per la concessione di sussidi.**

#### Art. 15

<sup>1</sup> I sussidi ai sensi dell'articolo 14 LGE vengono calcolati in funzione **del progetto e in base ai seguenti criteri:** d) Calcolo

- a) **fabbisogno energetico;**
- b) **entità dell'utilizzazione di fonti energetiche indigene e rinnovabili;**
- c) **misura del rispetto dell'ambiente;**
- d) **indice di copertura con mezzi propri;**
- e) **indice di utilizzazione;**
- f) **tipo e dimensioni dell'edificio;**
- g) **tipo e dimensioni dell'impianto;**
- h) **costi d'investimento ed energetici;**
- i) **efficienza energetica complessiva.**

<sup>2</sup> La ponderazione dei criteri applicabili può risultare diversa a seconda della categoria delle misure promozionali.

**II.**

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente revisione parziale.

## Ordinanza sull'energia del Cantone dei Grigioni (OGE)

Modifica del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale e l'art. 4 della legge sull'energia del Cantone dei Grigioni;  
visto il messaggio del Governo del 5 settembre 2006,

decide:

### I.

L'ordinanza sull'energia del Cantone dei Grigioni del 1° ottobre 1992 è modificata come segue:

#### Art. 8 cpv. 1 lett. a, cpv. 2 e 3

<sup>1</sup> L'erogazione dei sussidi (...) ai sensi dell'articolo 14 capoverso 1 LGE è subordinata ai seguenti presupposti: Sussidi (...)  
a) Presupposti

a) per edifici di abitazione, di servizio, scolastici e simili il **fabbisogno termico da comprovare deve essere inferiore al valore limite delle norme specifiche determinanti;**

<sup>2</sup> **Ai sensi dell'articolo 14 capoverso 2 LGE possono essere versati sussidi ai seguenti impianti:**

- a) **impianti solari per la produzione di acqua calda sanitaria con una superficie assorbente di almeno 4 m<sup>2</sup>;**
- b) **impianti di riscaldamento a legna automatici con una potenza termica di 70 kW o superiore, nonché relative reti di teleriscaldamento e ampliamenti di rete;**
- c) **pompe di calore con una potenza termica di 50 kW o superiore, nonché relative reti di teleriscaldamento e ampliamenti di rete.**

<sup>1</sup> **Il Dipartimento competente definisce i dettagli.**

#### Art. 9

<sup>1</sup> Ai sensi dell'articolo 14 capoverso 1 LGE per edifici abitativi, di servizio, scolastici e simili vengono erogati sussidi (...) **fino a 100 000 franchi**

<sup>2</sup> Se un progetto secondo l'articolo 14 capoverso 1 LGE prevede misure applicate ad impianti tecnico-abitativi che soddisfano al contempo i presupposti di cui all'articolo 8 capoverso 2, il limite dei sussidi viene aumentato del sussidio massimo previsto per questo impianto.

<sup>3</sup> Giusta l'articolo 14 capoverso 2 LGE vengono versati i seguenti sussidi (...):

- a) per impianti solari per la produzione di acqua calda sanitaria fino a 50 000 franchi;
- b) per impianti di riscaldamento a legna fino a 200 000 franchi;
- c) per pompe di calore fino a 50 000 franchi.

<sup>4</sup> Il Dipartimento competente stabilisce i dettagli.

**Art. 10**

**Abrogato**

**Art. 11**

c) Rapporto con  
altri sussidi

**I sussidi ai sensi dell'articolo 14 LGE non possono superare, sommati ad altri sussidi dell'ente pubblico o da programmi di promozione nazionali, il 50 per cento dei costi del singolo progetto.**

**Art. 12**

In casi oggettivamente motivati il Governo può adeguare i **valori limite** di cui all'articolo 8 **capoverso 2** della presente ordinanza.

**II.**

La presente revisione parziale entra in vigore contemporaneamente alla revisione parziale della legge sull'energia del Cantone dei Grigioni del ...

## Auszug aus dem geltenden Recht

### Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG) <sup>1)</sup>

Gestützt auf Art. 42 Abs. 3 der Kantonsverfassung<sup>2)</sup>

vom Volke angenommen am 7. März 1993<sup>3)</sup>

---

#### II. Kantonale Massnahmen

##### Art. 14<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Der Kanton gewährt Beiträge für Massnahmen an bestehenden Bauten und haustechnischen Anlagen, wenn damit ein bedeutend kleinerer Energiebedarf oder ein wesentlich besserer Nutzungsgrad erzielt wird, als die vom Grossen Rat erlassenen Mindestvorschriften verlangen.<sup>5)</sup>

c) Förderungs-  
beiträge

<sup>2)</sup> Werden in Bauten, welche der öffentlichen Nutzung dienen und vom Kanton subventioniert sind, Anlagen zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern installiert, kann sich der Kanton an den Kosten beteiligen.

<sup>3)</sup> Beiträge aus Finanzmitteln des Bundes werden nach Massgabe des Bundesrechts gewährt.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; B vom 14. Dezember, 793; GRP 1999/2000, 1068

<sup>2)</sup> BR 110.100

<sup>3)</sup> B vom 16. Juni 1992; 243; GRP 1992/93, 382

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; siehe FN zum Titel

<sup>5)</sup> Art. 8, 15, und 16 BEV (BR 820.210)

**Art. 15**<sup>1)</sup>**III. Vollzug**<sup>2)</sup>**Art. 18**<sup>3)</sup>

Vollzug

<sup>1</sup> Die Regierung beschliesst die Beitragsleistungen und andere Förderungsmassnahmen im Rahmen dieses Gesetzes und der im Voranschlag vorgesehenen Kredite.

<sup>2</sup> Die Regierung kann Entscheide über Beitragsleistungen dem zuständigen Departement übertragen.

<sup>3</sup> ... <sup>4)</sup>

---

<sup>1)</sup> Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; siehe FN zum Titel

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; siehe FN zum Titel

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; siehe FN zum Titel

<sup>4)</sup> Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 24. September 2000; siehe FN zum Titel

## Energieverordnung des Kantons Graubünden (BEV)<sup>1)</sup>

<sup>2)</sup>Gestützt auf Art. 4 des Bündner Energiegesetzes<sup>3)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 1. Oktober 1992<sup>4)</sup>

---

### II. Vorgehen auf kantonaler Ebene

#### Art. 8

<sup>5)</sup>Die Voraussetzungen für die Ausrichtung von Förderungsbeiträgen gemäss Artikel 14 Absatz 1 BEG sind:

- a) <sup>6)</sup>für Wohn-, Dienstleistungs-, Schulbauten und dergleichen, dass der nachzuweisende Energiebedarf für kompakte Gebäude 60 Prozent und für nicht kompakte Gebäude 90 Prozent des Bedarfs gemäss der in dieser Verordnung für bestehende Bauten festgelegten Bestimmungen (Art. 15 bzw. 16) nicht übersteigt;
- b) für gewerbliche und industrielle Prozesse, dass der Nutzungsgrad aufgrund technischer Verbesserungen um 25 Prozent erhöht wird.

a) Voraussetzungen

#### Art. 9

<sup>1 7)</sup>Gemäss Artikel 14 Absatz 1 BEG werden für Wohn-, Dienstleistungs-, Schulbauten und dergleichen Förderungsbeiträge von 5000 bis 100 000 Franken ausgerichtet.

b) Umfang

<sup>2 8)</sup>Die Förderungsbeiträge gemäss Artikel 14 Absatz 1 BEG dürfen zusammen mit anderen Beiträgen der öffentlichen Hand 50 Prozent der Aufwendungen für das einzelne Projekt nicht übersteigen.

<sup>3 9)</sup>Gemäss Artikel 14 Absatz 2 BEG werden folgende Förderungsbeiträge ausgerichtet:

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; B vom 14. Dezember, 793; GRP 1999/2000, 1068

<sup>2)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>3)</sup> BR 820.200

<sup>4)</sup> B vom 16. Juni 1992, 243; GRP 1992/93, 382

<sup>5)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>6)</sup> Fassung gemäss RB vom 28. März 1995; auf den 1. April 1995 in Kraft getreten

<sup>7)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>8)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>9)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

- a) <sup>1)</sup>bei Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Holz höchstens 50 Prozent der Kosten;
- b) bei Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie
  - zum Zwecke der Erzeugung von Wärme 30 Prozent und
  - zum Zwecke der Erzeugung von Strom 10 Prozent der anfallenden Kosten.
- c) <sup>2)</sup>bei Anlagen zur Nutzung von Umgebungswärme 20 Prozent der Kosten.

**Art. 10**

c) Bemessung

<sup>1</sup> Die Bemessung der Förderungsbeiträge gemäss Art. 14 Abs. 1 BEG erfolgt projektbezogen anhand folgender Kriterien:

- a) Energiebedarf
- b) Umfang der Nutzung einheimischer, erneuerbarer Energieträger
- c) Mass der Umweltschonung
- d) Eigendeckungsgrad
- e) Nutzungsgrad
- f) Gebäudetyp und dessen Grösse
- g) Investitions- und Energiekosten

<sup>2</sup> ....<sup>3)</sup>

<sup>3</sup> Das zuständige Departement legt die Einzelheiten fest.

**Art. 11**<sup>4)</sup>**Art. 12**<sup>5)</sup>

d) Anpassungen

Liegen sachliche Gründe vor, kann die Regierung eine Anpassung der in Artikel 8 enthaltenen Prozentsätze vornehmen.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>2)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>3)</sup> Aufhebung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>4)</sup> Aufhebung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

<sup>5)</sup> Fassung gemäss GRB vom 30. März 2001; siehe FN zum Titel

## Vollziehungsverordnung zum Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden

Gestützt auf Art. 54 des Meliorationsgesetzes<sup>1)</sup> des Kantons Graubünden vom Grossen Rat erlassen am 19. November 1980<sup>2)</sup>

---

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 16

<sup>1</sup> Der Obmann der Schätzungskommission wird durch das Departement des Innern und der Volkswirtschaft bestimmt, die übrigen zwei Mitglieder sowie zwei Stellvertreter durch die Genossenschaftsversammlung.

Ernennung der  
Schätzungskommission

<sup>2</sup> Die an der Güterzusammenlegung beteiligten Grundeigentümer dürfen der Schätzungskommission nicht angehören und gemäss den Ausschlussbestimmungen des Gemeindegesetzes mit diesen nicht verwandt oder verschwägert sein.

#### Art. 17

Die Rechnungsrevisoren prüfen die Rechnungsführung des Genossenschaftsvorstandes und erstatten der Genossenschaftsversammlung schriftlich Bericht. Sie dürfen mit den Vorstandsmitgliedern gemäss den Unvereinbarkeitsbestimmungen des Gemeindegesetzes<sup>3)</sup> nicht verwandt sein.

Rechnungsrevisoren

---

<sup>1)</sup> BR 915.100

<sup>2)</sup> B vom 30. Juni 1980, 169; GRP 1980/81, 205 [1. Lesung]; GRP 1980/81, 449, 456, 511 [2. Lesung]

<sup>3)</sup> BR 175.050

## Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet

Gestützt auf Art. 15 des Gesetzes über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet<sup>1)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 5. Oktober 1984<sup>2)</sup>

### I. Bau, Erneuerung und Erwerb von Wohnungen und Hauseigentum

#### 1. BAU VON PREISGÜNSTIGEN WOHNUNGEN

#### B. Darlehen

#### Art. 8<sup>3)</sup>

<sup>1</sup> <sup>4)</sup>Die Darlehensbeiträge werden gewährt, soweit das steuerbare Einkommen nach direkter Bundessteuer aller Bewohner Fr. 50 000.– nicht übersteigt und das Reinvermögen nicht höher ist als Fr. 144 000.–.

Einkommens-  
und Vermögens-  
grenze

<sup>2</sup> <sup>5)</sup>Für jedes minderjährige oder sich noch in Ausbildung befindende Kind und für jede andere Person, mit Ausnahme des Ehegatten, für welche die Familie aufkommt, erhöht sich die zulässige Einkommensgrenze um Fr. 2 500.– und die zulässige Vermögensgrenze um Fr. 16 900.–.

<sup>3</sup> Das Einkommen und das Vermögen von volljährigen Kindern bis zum 25. Altersjahr, die in Gemeinschaft mit den Eltern leben, bleiben unberücksichtigt.

<sup>4</sup> Betagten, Invaliden und Pflegebedürftigen wird  $\frac{1}{20}$  des die zulässige Grenze übersteigenden Vermögens als Einkommen angerechnet.

<sup>5</sup> Die Regierung passt die Ansätze gemäss Absatz 1 und 2 veränderten Verhältnissen an und kann in Härtefällen von der Einkommens- und Vermögensgrenze abweichen.

<sup>1)</sup> BR 950.250

<sup>2)</sup> B vom 18. Juni 1984, 331; GRP 1984/85, 469

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 2. Oktober 1991, siehe FN zu Art. 5

<sup>4)</sup> Ansätze angepasst mit RB vom 16. November 1993

<sup>5)</sup> Ansätze angepasst mit RB vom 16. November 1993